

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Mästenleger, Ofenleger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernr.: 2 7 Dönhof 7650, 7651, 6240. Postk. Berlin 65232

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Central- u. Geschäftsangelegen nach Carlsh. Werda. Berlin SW 11.

Völkerfrieden! Abrüstung!

Kurz nach der Beendigung des Weltkrieges schuf man eine Völkerbundsaufsicht. Damit sollte der Abscheu gegen den Krieg zum Ausdruck gebracht werden. Man schwärmte mit Hochdruck und starker Begeisterung für den Völkerfrieden. Das Stichwort hieß: Allgemeine Abrüstung. Unter den unmittelbaren niederschmetternden Wirkungen des Weltkrieges hatte man damals erkannt, daß eine wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit den Völkern beherrschlicher sei als alle Heere und Flotten der Welt.

Das war damals die frohe Botschaft in tiefer Not. Und seitdem ist eine Abrüstungskonferenz der anderen gefolgt. Immer wieder fand man herzlich schöne Worte für den Völkerfrieden. Leider blieb es bei diesen platonischen Lippenbekenntnissen. In der Praxis wurde in vorher nie gekanntem Maße weitergerüstet. Die Welt starrt heute von Kanonen, Maschinengewehren, Torpedos, Panzerkreuzern, Gift und Gas. Dazu hat sich jeder Staat, außer den im Weltkrieg unterlegenen Staaten, eine starke Luftkriegsflotte zugelegt. Und all das genügt immer noch nicht. Munter wird weitergerüstet...

All diesen Tatzachen zum Hohn wird nächstens in Genf wieder eine solche „Abrüstungs“-Konferenz das Licht der Welt erblicken. Sie nennt sich sogar „großartig“. In der „nationalen Abrüstungskonferenz“. Und wieder werden die Staatsmänner ihre geehrten Köpfe zusammensetzen und über die Abrüstung beraten. Leider hat auch diese Konferenz einen Fehler. Arbeitervertreter werden dort nämlich nicht gehört. In der Hauptsache werden in Genf hohe Militärs das Wort führen. Und angesichts dieser Tatsache hören wir wohl wieder einmal die Botschaft, doch uns fehlt der Glaube. Glaubt einer, daß Spornkittrende und säbelastelnde Militärs so viel Mut und Selbstverleugnung aufbringen dürfen, um ernstlich einer allgemeinen Abrüstung das Wort zu reden? Glaubt man, daß diese Militärs den fruchtbringenden Pfad, auf dem sie sitzen, ablassen werden? Die goldstrotzende Uniform bringt Ehren und hohe Einkünfte...

Deshalb fehlt uns der Glaube. Ebenso könnte man einem Kongreß von Halbweidmann zumuten, die Lippenstifte abzuschaffen. Die Vertreter der Mächte werden in Genf mit dem Stulpen tieferster Leberzeugung wieder einmal darzulegen versuchen, daß zur Erhaltung des Friedens eine starke Wehrmacht notwendig sei. Man wird von der Notwendigkeit „nationaler Sicherheit“ erzählen und klipp und klar nachweisen, daß nur eine starke Armee den Völkerfrieden gewährleisten könne. Und so wird auch diese „Internationale Abrüstungskonferenz“ ausgehen wie das Hornberger Schießen...

Einige Tatzachen möchten wir bei unserer Betrachtung in Erinnerung bringen. Sie werfen ein helles Licht auf den Mechanismus der Privatwirtschaft in Kriegszeiten. Auf dem Umwege über die Schweiz lieferte Frankreich während des Weltkrieges an Deutschland den zur Kriegführung nötigen Vaustoff. Im Jahre 1914 besaßen die Kruppwerke sechs Millionen Tonnen aus Frankreich stammenden Ferro-Silizium. Man brauchte diesen Stoff zur Herstellung von Kriegsstahl. Deutschland wieder lieferte an Frankreich auf dem Umwege über die Schweiz zu Kriegszwecken Magnesit und Draßfelle. England lieferte Deutschland durch holländische Vermittlung Kupfer zur Herstellung von Granaten. Außerdem lieferte es Baumwolle zur Fabrikation von Explosivstoffen. Deutschland belieferte England auf dem gleichen Wege mit Präzisions- und optischen Instrumenten...

Was geht aus dieser engen Verbundenheit der damaligen Wirtschaftsführer hervor? Die deutschen, englischen und französischen Vaterlandsverteidiger sind gefallen unter dem Sichel von Geschossen, die ohne eine Zusammenarbeit der Kapitalisten dieser Welt

nicht hätten zustande kommen können. Und was ergibt sich aus dieser Erkenntnis? Eine sogenannte nationale Verteidigung gibt es heutzutage nicht mehr. Das Instrument zur nationalen Verteidigung liegt heute in den Händen der internationalen Kapitalisten. Die private Geldmacht beherrscht die Welt. Die privatkapitalistischen internationalen Beziehungen werden sogar sorgfältig während eines möglichen Krieges, sie stehen über den sogenannten nationalen Zielen. Für die Erreichung der nationalen Ziele werden nur die Massen ins Feuer geschickt. Das internationale Unternehmertum aber quetscht aus diesem blutigen Massenmorden Millionenprofite. Allerdings: diese internationale Zusammenarbeit der Kriegsindustrien ist nichts anderes als schwerster Hochverrat. Aber niemand denkt daran, diesen Hochverrat zu ahnden. Folglich gibt es für die geplante Menschheit und für den Völkerfrieden nur eine Sicherheit: die Beseitigung der Heere und der Flotten.

Man wird demnächst in Genf wieder sagen. Zu dem Ergebnis dieser Konferenz haben wir nach dem Vorhergesagten kein Vertrauen. Die einzigen Staaten, die an dieser Konferenz mit gutem Gewissen teilnehmen können, sind jene, die durch das Diktat von Versailles zur Abrüstung gezwungen wurden. Dessenungeachtet werden aber die in Waffen starrenden Staaten erneut ihr Interesse an „nationaler Sicherheit“ betonen und immer wieder versichern, daß der Völkerfrieden nur dann gesichert sei, wenn man über eine starke Wehr zu Wasser, zu Lande und in der Luft verfüge. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben der organisierten Arbeiterschaft, in allen Ländern ihren Regierungen klarzumachen, daß nur eine wirkliche Abrüstung ein ernsthafter Schritt sein kann zur Verwirklichung der aus den rauchenden Trümmern des Weltkrieges gewonnenen Erkenntnis. Treteft überall ein für die allgemeine Abrüstung! Damit wirkt ihr für den Völkerfrieden!

Konferenz des Bundesvorstandes und Bundesbeirats.

Am 21. und 22. Januar tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Bundesbeirats und Bundesvorstandes. Die Tagesordnung war reichhaltig. In seiner Begrüßungsrede gedachte der Vorsitzende, Kollege Vernehar, auch des Abwesenden des Genossen Hermann Kube, die Verdienste des Verstorbenen um die Arbeiterbewegung gebührend hervorhebend. Die Konferenz ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf berichtete Bernhard über die

politische und wirtschaftliche Lage. Die politische Lage ist noch immer gespannt. Jedoch bricht sich mehr und mehr die Einsicht Bahn, daß das politische Mißtrauen verschwinden müsse. Eine Vorbedingung dafür ist eine vernunftgemäße Bereinigung der Reparationsfrage. Deutschland kann diese Opfer nicht mehr aufrufen. Das ist auch die Auffassung des BÜB-Vorstandes. Ferner muß in den Zollfragen mehr Vernunft Einzug halten. Die Wirtschaftskrise hält immer noch in alter Schärfe an. Ein Rezept dagegen hat noch keiner gefunden. Die Sucht der Staaten, sich allein zu helfen durch die sogenannte Autarkie, verschlimmere die Lage noch mehr. Weht die deutsche Zukunft weiter zurück, so bedeutet das eine weitere Einschränkung der Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes. Nur eine vernunftgemäße Außenpolitik, die die Schicksalsverbundenheit aller Völker gebührend in den Vordergrund stellt, kann den Völkern helfen und der Weltwirtschaftskrise ein Ziel setzen. — Die weitere Entwicklung

auf dem Baumarke ist geradezu katastrophal, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, die den Vereinigten Staaten. In Deutschland haben nur noch etwa 10% unserer Bundes- und Industrie abhängigen Gewerkschaften Arbeit. Die Zahl der Konkurs wächst. Das ist zum Teil eine Folgewirkung der jahrelangen Leberfäulnis der Gründung von Baubetrieben in der Nachkriegszeit, kennzeichnet jedoch immerhin die große Not in diesem wichtigsten Schlüsselgewerbe. Das Wichtigste angesichts dieser Lage sei

Arbeitsbeschaffung. Die Bundesleitung hat alles nur denkbare unternommen, um darin vorwärts zu kommen. Unsere Denkschrift in dieser Richtung hat überall volle Beachtung gefunden. Die bisher vorliegenden Pläne für Arbeitsbeschaffung, zum Teil von Professoren ausgearbeitet, zeigen leider wenig praktischen Wert. Vor allem scheitern sie immer wieder an der Geldfrage. Immerhin dürfte Aussicht vorhanden sein, daß sich aus den zahlreichen Vorschlägen eine gelinde Verbesserung in der Beschäftigungsfrage herausfindet, jedoch wird die greifbare Hilfe nicht erreicht werden. Eine merkbare Belebung des Wirtschaftsmarktes sei eben nur durch internationale Verständigung möglich. In dieser Richtung ist bereits genug geschrieben worden. Leider besteht angesichts der unglücklichen Zusammenfassung des Reichstages keine Aussicht, die durch etwas Besseres zu ersetzen. Bemerkenswert ist auch dem Gedankensatz, daß die Zeit größerer Aufmerksamkeit gemindert wird. Jedenfalls muß von uns alles beachtet und gefördert werden, was nur irgendwie für baugewerbliche Arbeitsbeschaffung in Betracht kommt. Der Fallfall der

Erstattung zuvielgezahlter Lohnsteuer ist ein großes Unrecht. Der Bundesvorstand wird darauf

hinzuwirken suchen, daß diese Ungerechtigkeiten verschwinden. Im übrigen ist bereits eine gut begründete Rechtsbeschwerde an die zuständige Behördensinstanz eingereicht worden, ferner wird ein schriftlicher Antrag auf Erstattung der Dompfennote an die Reichsregierung gerichtet werden. Schließlich erwähnte der Redner noch, daß von den Bauarbeitern Hamburgs angeregt worden sei, eine Betonarbeiterkonferenz einzuberufen. Diese Anregung hat zwar eine gewisse Berechtigung, jedoch dürfte es sich empfehlen, die Einberufung einer solchen Konferenz auf spätere Zeiten zu verlegen. Dem Bestreben der Nationalsozialisten, die Arbeitsplätze in den Betrieben für sich in Anspruch zu nehmen — an anderer Stelle im „Grundstein“ wird dies besonders behandelt —, muß überall entschieden entgegengetreten werden.

Ergänzend berichtete Kollege Gustav Wäff über Fragen des

Siebelungsweffens. In dieser Bewegung herrsche zur Zeit eine gewisse Verwirrung. Jeder stelle sich darunter etwas anderes vor. Zunächst sei zu erwähnen die vorläufige Kleinlösung. Sie soll dazu dienen, die Arbeitslosen über die Erwerbslosigkeit besser hinwegzubringen. Dagegen soll die landliche Siebelung dem Siebler die Möglichkeit bieten, sich und seine Familie aus dem Erlös seiner Tätigkeit ernähren zu können. Die auf diesen Gebieten benötigten Bauhilfen interessieren uns am meisten. Die Mittel hierzu sind knapp bemessen. Jedenfalls müsse darauf gehalten werden, daß solche Bauten dauerhaft gefasst werden. Leider ist man bemüht, den Bauarbeiter dabei möglichst auszuschalten. Allerlei zweifelhafte Erfindungen werden empfohlen. Dem ist entgegenzutreten. Der Maßstab ist jeglicher Art Erhaltung vorzuziehen. Ferner entsetzt die Frage, wer diese Gebäude errichten soll. Man redet von Nachbarn, auch vom freiwilligen Arbeitsdienst. Vom Maurer redet man fast gar nicht. Man empfiehlt allerlei Pfusch, scheut davor zurück, Bauarbeitern dieser Arbeiter zum Tariflohn zu übertragen, und die Folge wird sein, daß solche Bauwerke bald reparaturbedürftig oder gar baufällig werden und solchermaßen teuer zu stehen kommen, als reguläre Bauarbeiten. Das aber wäre Sparen am falschen Platz. Es darf nicht sein, daß der Bauarbeiter bei solchen Arbeiten ausgeschlossen wird. Alles muß versucht werden, um den unter der Wirtschaftskrise ganz besonders leidenden Bauarbeitern diese Arbeitslosigkeit zu verschaffen. In einer Einlage an den Reichsarbeitsminister — die wir an anderer Stelle mitteilen — ist auf all diese Umstände hingewiesen worden. Unsere Bundesleitung erstucht darin, ihr Geheiß zu geben. Pläne, Berechnungen und Unterlagen für eine praktische nützliche Bauweise in den Siebelungen zu unterbreiten.

Hierauf sprach Kollege Rosenzweig zum Problem des sogenannten

freiwilligen Arbeitsdienstes. Die Väter dieses freiwilligen Arbeitsdienstes sind in der Hauptsache Militärs, die, im unter allerletzter Kraft- und Schlagschmerz davon alles mögliche versprechen. Rüstern betrachtet, soll dieser Arbeitsdienst nur reaktionären Zwecken dienen. Die Reichsparteien des Reichstages machen allerlei Vorwände, um den freiwilligen Arbeitsdienst zur dauernden Einrichtung zu machen. Freiwillige Arbeitsdienstler haben weder Anspruch auf Tariflohn noch Betriebsvertretung, ihre Sozialrechte sind eingeeignet. Außerdem hat die

Praxis erwiesen, daß ein solcher Arbeitsdienst vielfach teurer zu stehen kommt, als wenn eingearbeitete Bauarbeiter solche Arbeiten zu Tariflohn ausführen würden. In Schlesien liegt ein Fall vor, wonach bei einer solchen „gemeinnützigen, zufälligen“ Arbeit jeder Arbeitsdienstler trotz notorischer Minderleistung wöchentlich 36 M Unkosten verursacht hat, während der reguläre tarifliche Wochenlohn für Erdarbeiter nur 27,84 M betragen hätte. Aus solchen und aus prinzipiellen und organisatorischen Gründen müssen wir die freiwillige Arbeitsdienstpflicht ablehnen. Wir können sie nicht verhindern, müssen jedoch bemüht sein, jegliche auf die daraus entfallenden Schäden hinzuwirken. Es heißt für solche Arbeiten können nur zufällige und gemeinnützige Bauarbeiten in Betracht kommen. Gemeinnützig ist ungefähr jede Arbeit, und der Begriff „zufällig“ ist vielfach nur mißverständliche Fassung, um zu einer wohlfeilen Ausführung notwendiger Bauarbeiten zu kommen. Wir müssen uns deshalb berufen fühlen, auf alle solcherart entfallende Mängel hinzuwirken und uns dabei stets von dem Grundgedanken leiten lassen, daß der freiwillige Arbeitsdienst den gemeinschaftlichen Grundbedürfnissen widerspricht, lohnträchtig, vielfach reaktionär und nicht gemeinnützig, sondern gemeinschaftlich wirkt. Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein, sogar städtische Behörden haben sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen. Auch diese Einrichtung ist nur geeignet, das Arbeitsgebiet der Bauarbeiter für jetzt und für die Zukunft noch mehr zu verringern!

Sobald berichtete Kollege Peters über den Stand der Verhandlungen mit dem Polverband in der Frage der Schaffung einer Einheitsorganisation aller Baumeister und Schachtmeister. Eine befriedigende Lösung war auch in der Sitzung am 17. Januar nicht möglich. Jedoch braucht die Aussicht auf eine künftige Gemeinschaftsarbeit nicht aufgegeben zu werden. Der Bauergewerksbund ist dazu jederzeit bereit.

In der Aussprache ergab sich in allen von den Vorstandvertretern angesprochenen wichtigen Fragen vollkommenes Einverständnis. Vor allem trat eine stark ablehnende Haltung gegen den freiwilligen Arbeitsdienst hervor. Erfreulicherweise konnte vor einigen Orten berichtet werden, daß dort Siedlungshäuser von Bauarbeitern zum Tariflohn hergestellt werden. Energie wurde die Befestigung der Hinterfront der Lohnsteuer verlangt. Unterfrühen wurde, daß die Frage der Arbeitsbeschaffung immer wieder in den Vordergrund gerückt werden muß. Auch das Unrecht der Bürgersteuer wurde gebührend beleuchtet, sie wird einzutreiben versucht, gleich ganz, ob der Steuerzahler zahlungsunfähig oder nicht, und zwar nach dem jeweils überholten Einkommen aus 1930. Auch in dieser Frage muß Klarheit geschaffen werden.

Die Aussprache wurde hierauf unterbrochen, um einen Vortrag des Genossen Dr. Zeman an entgegenzunehmen über die Aufhebung der Mieterschutzgesetze und die rechtliche Gestaltung der Mieterverhältnisse des Bürgerlichen Gesetzbuches. Nach diesem Vortrag, der beifällig entgegengenommen wurde und den wir an anderer Stelle bringen, wurden die Verhandlungen vertagt.

Am zweiten Beratungstage wurde, nachdem die Verhandlungen mit dem Polverband unterbrochen waren, die Schaffung einer Einheitsorganisation der Poliere und Schachtmeister wurde auf Grund der Berichte hierzu als vorläufig auschließend erachtet. Die Maßnahmen des Vorstandes wegen Erstattung der Lohnsteuer wurden gutgeheißen, ebenso der Standpunkt des Vorstandes in der Reparationsfrage, dem freiwilligen Arbeitsdienst und den übrigen zur Aussprache gestandenen Fragen. Ferner wurde beschlossen, daß Lehrlinge allgemein wöchentlich nur 10 3 Vermahlungsbetrag zahlen sollen.

Hierauf berichtete Kollege Scheibel über die Ergebnisse des Lohnbittfalls der Reichsregierung.

Zunächst schilderte der Redner ausführlich den aus der Zuschlaggemeinverbindlicherklärung der Reichslohnstarke resultierenden Streit zwischen den Parteien des Reichsarbeitsvertrages und die dann in einer Anzahl Lohngebiete ausgebrochenen Lohnstreitigkeiten, um dann überzuleiten zur Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Durch diese Notverordnung sind Arbeitsrecht, Tarifrecht und Sozialrecht ins Wanken gekommen. Stegerwald hat nicht zu seinen früheren Versprechungen gestanden, anscheinend hat er im Reichskabinett Stärkere angetroffen, die ihn zu überempfinden verstanden. Der durch das Regierungsbittfall verordnete Lohnabbau ist nunmehr auch im Baugewerbe durchgeführt worden. Dabei versuchten die Unternehmer vielfach mehr herauszufinden als die Verordnung gestattete. Zeitweise fanden sie dabei in den Schlichtern alzu willige Helfer, im allgemeinen jedoch hielten sich die Schlichter im Rahmen der Notverordnung. Nachdem der Redner die bereits durch den „Grundstein“ bekannten besonderen Vorgänge bei der Festlegung der Löhne genügend beleuchtet, berichtete er über das Ergebnis dieser Zwangslohnfestsetzung. Der Lohnabbau ist hart, die Baumeister sind allerdings an der Meinung, ihre Blätter sind mit dem Ergebnis vollkommen unzufrieden und befürchten Tod und Teufel, daß sich nach Ablauf der Lohnfestsetzungen das liebliche Spiel des Lohnabbaus wiederhole. Hoffentlich wird es gelingen, diese eblen Bemühungen zurückzuweisen. Aber solche Vorgänge sind typisch für die geistige Einstellung des gesamten deutschen Unternehmertums. Sie lernen nichts zu, sie begreifen absolut nicht, daß jeder Lohnabbau neue Legionen Menschen dem Arbeitslosenseer einreißt, sie starren nur auf den Arbeitslohn und erwarren von dessen Herabdrückung auf ein Minimum das Wirtschaftliche. Zum Schluß beleuchtete der Redner die vorausgesetzliche Lage bei Ablauf der durch Diktat festgesetzten Löhne und verbreitete sich dann ausführlich über die von uns dabei zu beobachtende Taktik. Jedenfalls erforderliche die Lage feste, allergrößte Aufmerksamkeit!

In der letzten Aussprache wurden vor allem die markantesten Vorgänge während der Verhandlungen mit der Lohnfestsetzung geschildert. Die rigorosen Forderungen mancher Unternehmer wurden gebührend beleuchtet, ebenso das Verhalten mancher unternehmerbesserer Schlichter. Auch über die Lohnfestsetzungen in den kleineren Fachgruppen wurde berichtet. Alle Redner betonten, daß die Lage allergrößte Aufmerksamkeit erfordert. Die Ausstellungen einflussreicher Stellen verheßen nichts Gutes. Aber jeden Stellen sei empfohlen, den Wogen der Bauarbeiterfeindschaft

nicht zu straff anzugehen. Allerdings werde nicht erwartet, daß jene Kreise die besondere Lage der Bauarbeiter gerechtfertigen. Aber die einfache Menschenvernuunft gebiete, in der großen Not der Bauarbeiter nicht immer wieder mit geradezu boshafter Wollust herumzuwühlen. Im übrigen beurteilten die Redner die Gesamtlage wie Scheibel, auch waren sie mit der von ihm vorgeschlagenen künftigen Taktik einverstanden. In einem Schlußwort ergänzte noch Bernhard die Einzelausführungen der Redner. Dabei kam er auch auf die Frage der

Preisfenkung

zu sprechen. Der Reichshändler schrieb kürzlich über die schicksalhafte Verbundenheit von Preisen und Löhnen. Genau wird demnach durchgerechnet werden müssen, in welcher Weise die Preise gefenkt werden sind. Schon jetzt sei vorauszusetzen, daß die Preisfenkung zu gering sein wird, um den Lohnabbau vom 2. Januar 1932 auszugleichen. An der Preisfenkung sind die Gewerkschaften und die Gesamtarbeiterkraft außerst lebhaft interessiert. Jeder einzelne müsse sich in den Dienst dieser Sache stellen; die Ortsausschüsse der Gewerkschaften müssen dabei führend sein. Auch die Frage der

Arbeitszeiterkürzung

darf keinesfalls in den Hintergrund gedrückt werden. Der Vorstand des DDBV hat in dieser Richtung einen neuen Vorstoß unternommen. Vom Reichsarbeitsamt ist ein Schreiben an die Arbeitsämter ergangen, wonach die Notstandsarbeiten die Vierzigstundennorm oder Fünftagezeit geringen Maße — wie in Berlin — ebenso verkürzt werden. Nach wie vor müssen wir für die Verkürzung der Arbeitszeit wirken. Das ist notwendig und bedingt durch die großen technischen Fortschritte der letzten Jahre. Sonst wird es nie möglich werden, alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder in den Arbeitsprozeß einzuziehen. — Der Beirat gab dem Vorstand durch lebhaftes Zurufe Vollmacht, in dem von Bernhard skizzierten Sinne zu wirken.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurden Sparmaßnahmen beraten. Die Konferenz war sich darüber einig, daß angelehnt der durch die Krise bedingten Schrumpfung verschiedener Tätigkeitsgebiete der Angestellten überall, wo es möglich ist, Arbeitskräfte eingepart werden müssen. Das ist bereits geschehen, muß aber fortgesetzt werden.

Dann berichtete Kollege Tönnies über das bisherige Ergebnis unserer

Schulungswochen

Bisher haben daran teilgenommen 1712 Kollegen. Dabei sind nicht einbezogen die Schüler der Sonderkurse. Notwendig ist, die durch die Schulung vermittelten Kenntnisse der Organisation mehr als bisher nutzbar zu machen. Deshalb sind Fragebogen herausgegeben worden, um die Angelegenheit in ein geordnetes und oberflächliches System zu bringen. Damit ist zunächst vorhanden, daß die früheren Kursteilnehmer mehr als bisher in den Funktionskörper des Bundes eingereicht werden. Selbstverständlich ist dabei auch die Mitwirkung der Baugewerkschaften notwendig. Der Redner gab treffliche Winke über die Art und Weise, wie dies geschehen muß. — Ein weiterer Punkt war die Anbahnung der Zusammenkünfte in den verschiedenen Teilen des Bundes. In Berlin sind bereits die ersten Schritte unternommen worden, um die Zusammenkünfte in den verschiedenen Teilen des Bundes zu halten. Dies wäre ein besonderer Aufzuchtsweg, dem sich talentierte junge Kollegen ebenfalls gern widmen werden! — Anschließend berichtete Kollege Pöckner über die Angelegenheiten des Bundes, unter anderem über die Bemühungen beim Handwerkertag,

die Lehrlingszahlen im Baugewerbe einzuengen; ferner empfahl er, die starke Arbeitslosigkeit der Lehrlinge inoffiziell auszunutzen, daß für eine intensive Förderung der Berufsausbildung durch den Bund gesorgt wird. — Zum Schluß bildeten die Kollegen Bernhard die nötigen Ausschüsse. — Der Bundesbeirat stimmte den Ausführungen des Redner zu und versprach hierzu seine tätige Mitwirkung. Jedoch wurden auch Bedenken geäußert, ob zurzeit die dazu notwendigen Mittel in allen Baugewerkschaften vorhanden sein mögen. — Zur Frage unserer

Finanzen und ihrer Sicherstellung

sprach dann Kollege Julius Dörner. Zunächst verwies er auf die Hilfsmittel, die im Bunde zur Verfügung stehen, um überall eine geordnete Kasienverwaltung durchzuführen. Ferner müssen die Rentoren überall ermahnt werden, ihr wichtiges Amt sorgfältig und gewissenhaft durchzuführen. Des weiteren gab der Redner Aufschluß über den finanziellen Stand des Bundes. Es ist angesichts der großen Dauerkrisis nötig, alle Maßnahmen zu treffen, um den Bund auf lange Sicht hinaus finanzkräftig zu erhalten. — In der Aussprache wurden mancherlei wichtige Fingergelge gegeben, die geeignet erscheinen, die Auffassung des Bundesvorstandes zu klären und zu fördern.

Zum Schluß sprach Kollege Bernhard zum Interessationswesen des Bundes. Noch immer sind trotz Herabsetzung der Unterhaltungsätze große Zuschüsse nötig. Vor allem ist es die Zahl der Unterhaltungsstellen in betrieblicher Weise angestiegen sind. Am 31. Dezember 1930 betrug die Zahl der Unterhaltungsempfänger 9081, am 31. Dezember 1931 jedoch 11 313. In der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1932 sind 124 Unterhaltungsempfänger hinzugekommen. Das Ausgabebudget für diesen Unterhaltungszeitraum dürfte voraussichtlich im Jahre 1932 auf etwa 2 Millionen Mark answellen. Deshalb gebietet die Zeit der Not, diese Unterfertigung um 50 % herabzusetzen. Der Bund ist zu solchen Maßnahmen gezwungen, er muß mit seinen Mitteln haushalten, zumal auch die Lohnfragen in diesem Jahre manche Leberaufschlag bringen dürfte. Ausdrücklich müsse aber erklärt werden, daß all diese Maßnahmen notwendig sind, die in guten Zeiten wieder aufgehoben werden müssen. Die Unterhaltungsanweisungen durch das Bundesbüro bewahren sich in guter Weise. Viele taugliche Rats werden dadurch erspart. Deshalb ist nötig, diese Einrichtung beizubehalten.

Nach lebhafter Aussprache wurde beschlossen, die Invalidentätserklärung des Bundes vom 1. Februar 1932 an um die Hälfte zu kürzen. Empfohlen wird, Bundesautos nur dann zu benutzen, wenn bei einer Fahrt eine Ertragsleistung höherer Kosten herauskommt. Der Inhalt des Jahrbuchs soll mehr eingekürzt werden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. In seiner Schlußrede gedachte der Vorsitzende des nunmehr aus dem Bundesbeirat ausscheidenden Kollegen Johanna Merckel. Viele Jahrzehnte seines Lebens hat er in fleißiger und ausdauernder Weise in vorderer Reihe für die Interessen der Bauarbeiter gewirkt. Er war nicht nur ein effizienter Aktivist, sondern ein guter Verwaltungsmann. Wir danken dem gelehrten Mann für die geleisteten Verdienste. — Zum Schluß sprach Kollege Pöckner über die Angelegenheiten des Bundes. Er dankte für die geleisteten Verdienste der Kollegen und wünschte, daß die Angelegenheiten des Bundes in bester Weise weitergeführt werden. — Zum Schluß sprach Kollege Pöckner über die Angelegenheiten des Bundes. Er dankte für die geleisteten Verdienste der Kollegen und wünschte, daß die Angelegenheiten des Bundes in bester Weise weitergeführt werden.

Es wird kein Drittes Reich geben!

Der Inhalt des Nazi-Programms, das Ingenieur Feder ausgearbeitet hat, federt in der Tat so stark, daß es bei der geringsten Belastungsprobe nachgibt. Sein innerer Wert steht im strikten Gegensatz zu dem Aufwand an Stimmenergie und zu der Produktionsmenge an Vokabeln, die den Quadrateschöpfen der Nazidredner entströmen. Sillers rhetorische Erfolge bestehen bekanntermaßen darin, die größten Platiteseen in einem, keinem normal denkenden Menschen zumutbaren Aufwand an Brillkräften und dramatisierenden Worten herauszufoldehren. In dem Siller und seine Epigonen ansprechen, was der naive unpolitisch denkende Mensch hören möchte, feiern sie ihre größten Triumphe.

Die Nazis täuschen Ueberzeugung vor, wo keine ist; eine Parole wird monatelang täglich wiederholt, bis die Spitze sie für Wahrheit halten. Im abgelaufenen Jahre haben die Nazis so langweilend, wie wir kommen an die „Macht“, bis das unpolitische Bürgerium und der indifferente, politisch ungeschulte Teil des Volkes oder — wie die Nazis im Boregeraum sagen — „die Arbeiter der Faust und der Stirn“ daran glauben und weise Schichten sich im voraus fatalistisch dem angeblich kommenden Dritten Reich unterwerfen. Ein bescheidenes Zeugnis für das „Volk der Dichter und Denker“, daß es einem Bramarbas, von dem Malaparte, ein Fachmann für diktatorische Bestrebungen, behauptet, daß diesem Julius Cäsar in Tirolettracht das Deutschland Weimars niemals zur Weite fallen könne, daß diesem Herrbild Mussolini, der sich als Befreier des deutschen Vaterlandes aufspielt, aber kein Sulla, kein Cäsar, kein Cromwell, kein Bonaparte oder Lenin ist, diesem Braunauer Unzähliche auf den Leim gekrochen sind.

Auch wenn wir zu den realpolitischen Geistes zurückkehren, in denen Siller das Dritte Reich errichten möchte, ergeben sich Schlußfolgerungen, die keineswegs geeignet sind, anzunehmen, daß die Leistung der Nazis schon an die P. Zimmermeister die Aufgabe zur Errichtung der Ehrenpforten zum mühsigen Empfang der verlebtenen Feiertage des Dritten Reiches und zum Einzug Wolfs I. in Berlin vergebens habe. Davon werden sich auch die Nazisführer nach und nach überzeugt haben. Vor zwei Jahren erklärten sie, 1931 kommen wir an die Macht. Das Jahr verweist, dann sollte es das Jahr 1932 sein. Inzwischen ist 1932 herangekommen. Aber erklärte Graf Adolf in Mecklenburg sehr geistreich: „1932 wird die Entschädigung fallen. So oder so!“ Diese Weisung ist für diesen Parteiführer, dem seiner falschlische Fachmann infamste, das heißt kindliche Reaktionen beizumessen, eine erleuchtend wirkende unpolitische Erkenntnis. „So oder so“ wird allerdings in Deutschland die Entschädigung fallen. Der neugedankene Chemann Joseph Goebbels mit dem patholo-

gischen Cäsarkomplis erklärte vor etwa einem Jahr: „Das Jahr 1931 wird uns als Sieger sehen oder im Gefängnis.“ Joseph ist nicht Sieger geworden; er kam aber auch dank „nationalismpathischer“ empfindender Richter nicht ins Gefängnis. Wahn kamen nur einige ganzjährlige SA-Protenten. Goebbels aber erklärt heute überzeugungsgewandend: „Wer 1932 nicht an die Macht komme, werde für immer verloren haben.“ An die Stelle der mit mehreren Atmosphären Lungenarterien vortragenden großen Worte sind also erhebliche Zweifel getreten. Und aus den Fenstern nationalsozialistischer Parteibüros hängen heute große schwarze Fahnen mit der weißen Aufschrift:

1932?

Nun die andere Wirklichkeit, wie sie die Entwicklung im vergangenen Jahre, das Jahr des stürmischen Aufstieges der Nazis, gezeigt hat. Nachdem der Wahlerfolg vom 14. September 1930 selbst die Nazisführer verblüffte, setzen sie — reichlich ausgestattet mit Mitteln der Schwerindustrie, unterstützt von Junkern, kaiserlichen Generalen und Prinzen — bei den Wahlen im Jahre 1931 zu weiteren Vorstößen an. Die Stimmenzahlen der Nazis stiegen — für manche bedächtigend, den Spielern, der ganzen Schwerindustrie und den Junkern zur Freude. Gleichsam am laufenden Band kam ein Wahlerfolg nach dem anderen, unbekannt bisher in der Geschichte der deutschen Parteien. Am 14. September 1930 hatten die Nazis von den insgesamt abgegebenen Stimmen 13,3 % erhalten. 1931 stimmten etwa 30 bis 40 % für Siller. Dieser zweifelt, so große Erfolge letzte Siller bereit in Erfahrung, daß bei ihm die Wahrscheinlichkeit völlig verlagert. Im Spätkommer behauptete er, hinter ihm stände die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes. Das aber war und ist nicht der Fall; wird auch niemals der Fall sein. Siller hat die Grenzen seiner Ausdehnungsfähigkeit erreicht. Der Wählerbestand, aus dem Siller bisher schöpfte, wird fast völlig ausgeschöpft sein. Und wenn die organisierte Arbeiterkraft zusammensteht, wird mit dem heutigen Lage die Wäckerentwicklung der Nazibewegung einsehen. Die geistliche und gedankliche Rückentwicklung wird bereits kurz nach dem Wahlerfolg im September 1930 eingeleitet, weil niemand unter den Führern der NSDAP fähig war, diesen Riesenerfolg politisch auszuwerten.

Sillers Grenzen.

Ein weiterer Aufstieg ist nicht recht denkbar. Im Dezemberheft der „Zeitschrift für Politik“ (Stark Heilmanns Verlag, Berlin) hat Werner Steyerhan die Ergebnisse sämtlicher Wahlen in Deutschland, mit Ausnahme der in Lippe, zusammengefaßt und einer kritischen Auswertung unterzogen. Die acht Länder, in denen 1931 gewählt wurde,

teilt der Verfasser entsprechend ihrer wirtschaftlichen und konfessionellen Eigenart in vier Gruppen, deren jede er besonders unterjucht. So entwand die Möglichkeit, fast alle in Deutschland wirkenden politischen Tendenzen zu erkennen und auszuwerten.

Die Länder der ersten Gruppe sind Braunschweig, Anhalt und Schaumburg-Lippe. Sie alle sind zu 95 bis 99 % evangelisch. Das Zentrum spielt dort keine Rolle. Neben einer entwickelten Landwirtschaft haben sie auch einen stark industriellen Einschlag. In dieser Gruppe ergibt sich folgendes Bild.

	Braunschweig	Anhalt	Schaumburg-Lippe
	1931	1930	1931
Nationalsozialisten	30,0	26,6	86,3
Bürgerliche Parteien	20,9	26,1	17,1
Sozialdemokraten und Kommunisten	49,1	47,3	46,5

Die sozialistischen Gruppen, wogu hier die Kommunisten gerechnet werden, sind in diesen Ländern noch stark. Ihr Stimmenanteil bemagt sich im 50 % der Gesamtstimmenszahl und ist den Nazis weit überlegen. Diese haben sich fast ganz auf Kosten der bürgerlichen Parteien vergrößert. — In der zweiten Gruppe steht Mecklenburg-Schwerin, ein ausschließlich protestantisches und rein agrarisches Land. Bei den Amtswahlen erlitten hier

	1931	1930
Nationalsozialisten	41,0	21,8
Bürgerliche Parteien	18,5	36,4
Sozialdemokraten und Kommunisten	40,5	41,8

Auch hier können sich die Nazis neben den Nationalsozialisten durchsetzen lassen; auch in Mecklenburg-Anvachsen der Nazis auf Kosten der Sozialisten. Die Hansestädte sind die dritte Gruppe. Sie haben fast ausschließlich evangelisch gekannte, gewerblich-käfige Bevölkerung. In diesen Städten ist die Hitler-Bewegung schwächer als in allen anderen Ländern und den Sozialdemokraten und Kommunisten durchaus unterlegen. Die bürgerlichen Parteien sind in den Hansestädten verhältnismäßig stark geblieben.

	Hamburg	Bremen
	1931	1930
Nationalsozialisten	26,2	19,2
Bürgerliche Parteien	22,9	29,3
Sozialdemokraten und Kommunisten	49,5	50,0

Hessen und Oldenburg bilden die vierte Gruppe. In dieser Gruppe wählen katholische Minderheiten mit. Im agrarischen Oldenburg ist der Hitlerismus den sozialistischen Parteien weit überlegen, im agrarisch-industriellen Hessen sind beide Gruppen ungefähr gleich stark. Bei der Wahl wurden die bürgerlichen Parteien fast völlig aufgegeben, während sich das Zentrum erhobte. Die bürgerlichen und oldenburgischen Katholiken reagieren, so unterjchiedlich ihr Landmannschaftlicher Charakter auch ist, auf die politische Entwicklung gleichartig.

	Hessen	Oldenburg
	1931	1930
Nationalsozialisten	37,1	18,5
Bürgerliche Parteien	10,6	27,5
Zentrum	14,3	13,2
Sozialdemokraten und Kommunisten	38,0	38,8

Wer kommt dort von der Höhe?

Aus seiner Unterjuchung zieht Werner Stephan für das ganze Reich den Schluß, daß der Hitler-Bewegung kein Einbruch in die Wählerbestände des katholischen Mittelblocks geblüht ist. Wichtig steht es mit dem marxistischen Lager. Hitler sei es nicht gelungen, wesentliche Teile des Proletariats an sich zu ziehen. Jedenfalls ist ihm kein Einbruch in den Marxismus gelungen. Die von der Sozialdemokratie abwandenden Wähler seien nach links zu gegangen. Der Aufstieg Hitlers sei fast ausschließlich auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien zurückzuführen. Mit ihrem Zusammenbruch dürfte die Wählerkraft Hitlers so gut wie

Wer schimpft, hat...

Zugeben, diese schlechte Zeit gibt jedem das Recht, seinem Wanger, seiner Not durch Schimpfen Luft zu machen. Aber von dem Recht, das mit uns geboren, wird ein bißchen zu viel und in falscher Weise Gebrauch gemacht. Schimpfen wird heute überall, auf alles und jeden und zu jeder Tageszeit. Schimpfen ist eine Lieblingsbeschäftigung des deutschen Speiebers. Aber schließlich muß auch Schimpfen einen Sinn haben.

Es gibt auch Schimpfer, die sich zur aufgekärten Arbeiterschaft rechnen; es gibt auch solche, die in der Wahl des Raumes, in dem sie schimpfen, nicht wählerlich sind. Einige dieser Volksgenossen halten ihre Schimpferlei sogar für Politik. In Wirklichkeit ist die Schimpferei derrer aus dem proletarischen Lager nichts anderes als das Gegenstück der Parolefchmierereien der kleinbürgerlichen Stammschimpfer, die in „Treue zu Kaiser und Reich“ machen und sich vom Feldenkaisererbrecher zum Hitleranbeter entwickelt haben. Sie alle haben nur einen Feind: Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie! Da ereignet sich nichts in der Wirtschaft und in der Politik, da entsteht kein Geseh, keine Notwendigkeit, wofür nicht die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten verantwortlich gemacht werden, obgleich das Kritiker nicht das Werk der so arg Beschriebenen ist. Aber daran läßt sich der Schimpf-Politiker nicht. Rettungslos ist er den Phrasendreschern von links oder rechts verfallen, bezieht von dort seine ungesüßte Nahrung, läßt sich im Schimpfen oder in kuriosen, viellegend-jein-folgenden mißlichen Andeutungen.

Es ist schon viel zu sehr vergessen worden, was seit der Umwälzung in schwerster Zeit geleistet worden ist. Die Schimpfer wollen nicht sehen, daß Gewerkschafts- und Parteifunktionäre noch heute fast Unmensliches leisten in der Verteidigung errungener Positionen, in der Aufrechterhaltung und in der Weiterarbeit für die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Wie in der Vorkriegszeit ist es heute wieder gefährlich geworden, sich als Sozialdemokrat oder als freier Gewerkschafter zu bekennen. Wie in der Vorkriegszeit ist heute besonders auf Land und dort Agitationsarbeitler leisten, die in der Kleinarbeit stehende Funktionäre der Arbeiterbewegung ist zum unbekanntem Funktionäre des Klassenkampfes geworden. Geseh und verheht auch von solchen, die sich revolutionär dünken, steht er in den reisenden Strudeln der Wirtschaftskrise, im Strome der gesellschaftlichen Entwicklung und dient dem verkäuflichen Volk.

Auf ab vor dem unbekanntem Soldaten des Klassenkampfes!

Die Schimpfer allüberall stellen angehts des Bekennens dieser Funktionäre verkommen. Mit Schimpfen unterjückt man nur die Reaktion, die dem Volk einreden will, früher sei alles viel besser gewesen. Dabei gab es

aufgebraucht sein, zumal auch die Aufrüstung bisheriger Reichsmäher und politisch Anstrengter nicht weiter mehr möglich ist. — Bei der jüngsten Wahl in Lippe, nach Abschluß der Gesehstimmungen, bekamen die Nazis 31 % der Gesamtstimmenszahl. Auch hier zeigt sich also, daß die Stimme der Nazis nicht in den Himmel wagen werden.

Bei einer Reichstagswahl würden heute Zentrum und Bapertische Volkspartei rund 15 %, die bürgerlichen Parteien ebenfalls rund 15 %, die Sozialdemokraten und Kommunisten rund 35 % der Wählerstimmen bekommen, so daß der Nationalsozialismus im günstigen Falle auf rund 35 % der Wähler rechnen könnte. Und dies bei einer in der Geschichte der politischen Parteien Deutschlands ebenfalls einzig dastehenden, überaus gewaltigen Anstrengung, die aber nur möglich war, weil hinter den Nazis Bank- und Bapertstücken, die Schwerindustrie und alle übrigen Leute der sogenannten Nationalen Opposition stehen. Nach dem Gesehstücken „Angriff“ haben die Nazis im vergangenen Jahre allein im Gau Ostmark, dem Landtagswahlkreis Frankfurt a. d. O., 5000 Versammlungen und Kundgebungen abgehalten, was für das Reich eine runde Summe von 175 000 Versammlungen im Jahre oder 485 am Tag ergeben würde. Diese Berechnungen ergeben, daß selbst bei dieser ungeheuerlichen und beispiellosen Agitation — so schreibt das „Berliner Tageblatt“ — die Grenzen nicht übertrumpft werden können, die zwischen dem Nationalsozialismus und dem katholischen Bevölkerungssekt einseitig und der sozialistischen Arbeiterschaft andererseits aufgerichtet sind.

Nach Lage der Dinge besteht absolut kein Anlaß, für die Sache des Sozialismus und der Gewerkschaften in

Meine Erfahrungen mit der Preissenkung.

Sie sollen der nächste Aussprachegegenstand in der „Bundes-Tribüne“ sein, ein Gegenstand, für den besonders die Frauen Interesse haben werden; nicht nur die in unserem Bunde sehr, sehr spärlich vertretenen weiblichen Mitglieder, sondern auch — und wohl in erster Linie — die

Frauen unserer Mitglieder.

Sie alle sind eingeladen, an der Aussprache in der „Bundes-Tribüne“ teilzunehmen durch Einsendung von Meinungsäußerungen. Für das diesmalige Thema ist am 15. Februar Redaktionsschluß. Die Schriftleitung.

Pessimismus zu machen. Im Gegenteil! Nachdem die Wachstumsgrenzen der Nazi-Reaktion festgelegt sind, können wir mit um so größerer Ueberzeugung ausdauern zum wachstigen, den Hitlerismus vernichtenden Gegenstand. Dazu haben die republikanischen Organisationen die Eiserne Front gebildet. Hat schon die Bildung der Eisernen Front den Nazis einen Schrecken eingejagt, so wird die organisierte Arbeiterschaft dafür sorgen müssen, daß aus dem Schrecken die endgültige Niederlage wird. Anders wir beginnen unsere Kräfte einzusetzen, wird die Rückentwicklung und der Abstieg der nationalsozialistischen Hitler-Bewegung beginnen. Unsere Parole ist aus unserer Ueberzeugung geboren, sie heißt:

In Deutschland wird es kein Drittes Reich geben!

Treppen verboten war? Was ist schlimmer in seinen Folgen als die Verquickung von Hausbesitzerinteressen mit denen von Stadterordneten, was dazu führte, daß an Stelle von Wohnflächen jene berüchtigten elenden Hinterhöfe entstanden, die zuerst 5,3 Meter breit und 5,3 Meter tief sein durften, später etwas größer, während der letzte Hof erlaubterweise von der nächsten Brandmauer 2,50 Meter entfernt sein konnte.

1925: 323 000 Menschen in Ein- und Zweizimmerwohnungen.

Die Wohnungsbelegung ist stark zurückgegangen. In Einzimmerwohnungen wohnten 1927 im Durchschnitt in jedem Zimmer 1,77 Personen, in zwei Zimmern 2,38 Personen. Gegenüber den grauenhaften Zahlen der Vorkriegszeit wohnten 1925 nur noch 323 000 Menschen in Ein- und Zweizimmerwohnungen, bei denen jeder Raum mit mehr als zwei Menschen belegt war, 1927: 253 000. Auch die Belegung der Grundstücke, jene berühtete und berühtigte Zahl der Vorkriegszeit, ist stark zurückgegangen. Berlin hielt mit 76 Menschen je Grundstück 1910 den Rekord selbst gegenüber den ehemaligen Festungen Wien mit 50 Menschen je Grundstück und Paris mit 38. 1925 wohnten nur noch 71 Menschen auf dem Grundstück und 1927 noch 67. Von amtlicher Seite wird heute ein großer Teil der in der Vorkriegszeit gebauten Wohnungen als gesundheitsgefährlich bezeichnet.

Alles, aber auch alles, was in fünfzig Jahren von Volksgenossen gefordert wurde, Grüngründe, gesunde Kleinwohnungen und Spielplätze, konnte, nachdem eine hoch komplizierte Form von Korruption es bisher gehindert hatte, erst durchgeführt werden, als das alte Regime gestürzt wurde. Korruption? Ein Fall für viele. Berlin war in Fragen der Uebersiedlung vor dem Kriege völlig einer privaten Gesellschaft ausgeliefert, von der Hugo Heimann, der sozialdemokratische Stadterordnete, berichtet, daß die Große Berliner Straßenbahn alle Pläne der Stadt dadurch erfuhr, daß ihre eigenen Leute Stadterordnete und Stadträte waren. „Schließlich kaufte die Gesellschaft den Mann, der als Ministerialdirektor die Uebersiedlung über das gesamte Kleinwohnwesen Preußens zu führen hatte, aus dem Staatsdienst aus und machte ihn zum Direktor des Betriebes. Ein Jahr darauf wurde der Gesellschaft die Konzession von 1919 bis 1949 verlängert, ohne daß die Stadt gefragt wurde.“ Der Schaden, der damals damit den Steuerzahlern zugefügt wurde, wurde von neutraler Seite her auf 100 Millionen veranschlagt.

Eine Million bekam der Ministerialdirektor als Entschädigung für seine „geopfertem“ Ansprüche an staatlicher Pension.

Und der Grüngründe? Man hat vergessen, wie vor dem Kriege der Grunewald vom Fiskus verkauft wurde, als wäre er irgendeine Einöde, nicht die Lunge einer Millionenstadt. Man hat vergessen, daß die der nicht-besitzenden Bevölkerung nächsten Grünflächen, die Köpenicker Heide und die Königsheide, einfach als Terrains verkauft worden sind, man hat vergessen, wie Leute, die etwas früher Bescheid wußten, weil sie gute Beziehungen zum Ministerium hatten, Millionen am Zerkowkanal auf Kosten der Steuerzahler verdienten.

Dagegen der „Marxismus“.

Aus einem Mißhauen wurden die herrlichen Anlagen der Wuhlheide geschaffen, aus einer Sandwüste die Rehberge und die Anlagen am Faulen See. 1920 hatte Berlin 1 1/2 Millionen Quadratmeter Spiel- und Sportplätze, 0,4 Quadratmeter auf den Kopf des Einwohners. 1928 besaß Berlin 149 Spiel- und Sportplatzanlagen von insgesamt 3 1/2 Millionen Quadratmetern. 1,35 Quadratmeter je Einwohner. Und die Kosten? Von 1920 bis 1928 sind ganze 22 Millionen in den Bau von Spiel- und Sportplätzen investiert worden, die Hälfte aus privaten Mitteln, hauptsächlich während der Inflation. 6 1/2 Millionen aus Mitteln für Kantonsarbeiten, 5 1/2 Millionen aus Steuernmitteln. Diese 5 1/2 Millionen, für die Berlins Verwaltung von der ganzen Welt der Weltwendung gegeben wurde, machen überhaupt nichts oder 0,069 Prozent in dem Berliner Etat aus, der 1 Milliarde im Jahr beträgt, steigend infolge der Wohlfahrtsausgaben um 400 Millionen 1931. Diese Zahl wird nicht genug beachtet. Es ist nämlich die Zahl, die die Kosten für die ausgetesteten Arbeitslosen, die Wohlfahrtsunterstützen ausdrückt. Bei konstant bleibender Arbeitslosigkeit fallen so stark der Arbeitslosenversicherung den verarmten Gemeinden des Reichs die gesamten Lasten zu.

Statt Mißhauern sichvolle Wohnungen.

Alles, was die in ihren entlegenen Wohnungen eingesperrten Berliner 75 Jahre forderten und nicht durchsetzen konnten, ist in den letzten Jahren erfüllt worden. Es gibt ein grandioses Beispiel des Eink und Zehst: das Tempelhofer Feld. Auf der einen Seite stehen die vor dem Kriege begonnenen Mißhauern fünf Stock hoch, mit engen Höfen. Resultat einer Bodenpolitik des Fiskus und einer Regierung, die der Stadt Berlin keine, auch nicht die geringste Erweiterung gönnte. Auf der anderen Seite liegt jene Gartenstadt Tempelhofer, die Hitler trotz aller schrecklichen Ernährung — es gibt hier nicht einmal Erntekultur und was als anderswo blühender auszuhen als die armen Gesehste, die in den licht- und sonnenlosen und überfüllten Wohnungen der Mißhauer zwischen Mißhauern und auch mit diaminreicher Nahrung nicht zum Geseh zu bringen sind.

Unsere Schlußfolgerung.

Wer diese Apologie gelesen hat, wird das Geseh haben, daß fast Gigantisches geleistet worden ist. Er wird uns auch zustimmen, daß es durchaus notwendig ist, Leistungen und Erfolge unserer Strebens vor dem Vergessenwerden zu bewahren, sie aufzuzeichnen gegenüber denen, die Schimpfen etwa für Sozialpolitik halten. Mander unserer Leser wird sich auch bewußt sein, daß diese kurze Uebersicht über das Gesehste durch Beispiele und Zeugnisse aus dem eigenen, engeren Heimatgebiet beliebig ergänzt werden könnte. Fast jede Mittelstadt — jeder der durch Deutschland fährt, hat — hat irgendwo mindestens eine, nach modernen Grundsätzen errichtete Siedlung; jede Gemeinde, wo die den sozialen Fortschritt verkörpernde moderne Arbeiterbewegung einigen Einfluß bekommen hat, hat sozial ist möglich von den Sünden der kapitalistischen Mißhauernwirtschaft ab-

1912: 600 000 Menschen in furchtbaren Enge.

Alle fun heute fo, als ob Deutschland vor dem Kriege ein Reich voll Glück gewesen sei und nichts fo erfreulich wie das Leben in diesem wohlhabenden Lande. Wie grauenhaft jedoch zum Beispiel die Wohnverhältnisse vor dem Kriege waren, beleuchtet folgende Zahl: In Groß-Berlin wohnten 1912, also kurz vor dem Kriege, 600 000 Menschen in Wohnungen, in denen jedes beliebige Zimmer mit fünf bis dreizehn Menschen belegt war, wobei allerdings Küchen und nichtgehörbare Kammern nicht als Wohnräume gerechnet wurden. Das war keine Ueberladung. Es war bekannt, daß in Berlin zur gleichen Zeit, in der in Steghilf und anderen Teilen des westlichen Berlins ganze Straßenzüge leer standen, eine konstante Wohnzahl an Kleinwohnungen herrschte.

Die Ergebnisse der ersten Berliner Volkszählung von 1881 waren grauenvoll, wohnte doch ein Zehntel der gesamten Bevölkerung in Kellerwohnungen,

und in was für Kellerwohnungen! Die Hälfte aber wohnte in Einzimmerwohnungen, die im Durchschnitt mit 4,3 Menschen belegt waren.

It liegt demnach in der als Vorbild gegenabgestellten Vorkriegszeit etwas für diese Menschen gefehlt? Hatten Kinder Spielplätze? Durften sie wo anders spielen, als in den von Fuhrwerken überfahrenen Straßen zwischen Mißhauern, da ihnen das Spielen auf Höfen und

getragen. Die Siedlungsarbeit in Deutschland ist eine der größten Taten jacobdemokratischer Sozialpolitik. Wir dürfen sie uns nicht verkleinern lassen! Wir müssen die Augen dafür öffnen und überzeugt sein, daß beim Weichen der Wirtschaftskrisis die Siedlungsarbeit wie überhaupt alle Sozialpolitik sofort verstärkt wieder aufgenommen wird.

Die Schimpfer haben recht, wenn sie auf die verrückte kapitalistische Wirtschaft schimpfen, die das Volk der vollen Ärgernisse und Schemen hungern läßt, die das Volk unzufrieden läßt, obgleich die ganze Welt nach Ochsenschweifgerade zu schreit. Sie haben recht, wenn sie auf die Verpöflung der Arbeiterklasse schimpfen, wenn sie schimpfen auf die, die, nachdem sie sich vom Gros abspalteten, beiderseitig die Einheitsfront rufen. Sie haben recht, wenn sie auf die mangelnde Solidarität in den eigenen Reihen schimpfen. Sie haben aber unrecht, wenn sie auf unsere Organisationen, auf unsere Partei und Gewerkschaften, schimpfen. Sie haben stets alle Kräfte eingesetzt, ihre Funktionäre sind Tag für Tag häufig gemein als Politiker, Gewerkschafter, Gewerkschaftler, und sind es auch heute.

Trotz der Not, die leider nur zu sehr geeignet ist, die kurzfristigen noch kurzfristiger zu machen, muß sich jeder darüber klar sein, daß man Opfer widgewordenen Speisepfeuern geworden ist, wenn man nur schimpft, aber sich vor der Organisationsarbeit drückt. Auch Autoliktigkeit und Verzweiflung dürfen nicht weiter um sich greifen! Man gebe sich einen Ruck, besinne sich auf sich selbst, zeige mehr Bekenntnis als bisher! Das ist eine Voraussetzung für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wer die Leistungen seiner Gewerkschaft verweigert, der Arbeiterbewegung verfehlt, wer schimpft sich kein Klassenkämpfer, sondern handelt wie ein Klassenfeind. Die Zeiten sind viel zu ernst. Es ist notwendig, auch hier völlige Klarheit zu schaffen. Also unsere Lösung: Nicht schimpfen, sondern arbeiten; werden und mehr Bekenntnis!

Keine unwirtschaftliche, unsoziale Selbsthilfe!

Der an sich und im Kern durchaus richtige Selbsthilfe- und Solidaritätsgedanke hat nimmehr schon gewisse Formen angenommen, die sich auch noch ausbreiten können. So daß nur noch von einer sogenannten Selbsthilfe und Solidarität geredet werden kann, weil gewisse nicht unbeträchtliche Schichten der Arbeiterklasse und auch die Wirtschaft selbst dabei geschädigt werden. Das ist besonders immer dann der Fall, wenn Fernzweige, für den betreffenden Arbeiter, etwas bestellen sollen, wofür ihnen jegliche Voraussetzung und die fachlichen Qualitäten fehlen. Es ist nicht gewonnen, wenn beispielsweise Berufsleute, etwa Barbier, Schneider, Bäcker oder kaufmännische Angestellte, bei einem Siedlungsprojekt die fachlichen Aufgaben ausführen sollen, während die gebenden, fachlich geschulten Bauarbeiter, die jenseits von Arbeitslosigkeit besonders geplagt sind, nach wie vor humpeln gehen. Es wird auch nicht viel, oftmals gar nichts gepart, wenn Aufträge, etwa die Ausbesserung von Straßenbauwerken oder Wasserregulierungen und auch andere Bauarbeiten, statt im freien Arbeitsvertrage im Wege freiwilligen Arbeitsdienstes hergestellt werden. Wiederholt ist nachgemeldet worden, daß Arbeiten von fachlich nicht geschulten Kräften ausgeführt viel teurer zu stehen kommen als durch Facharbeiter ausgeführt im freien Arbeitsvertrage. Das ist zunächst eine dachaus falsche Angebrachte Selbsthilfe, die überhaupt keine Hilfe ist, und dann hat auch die Volkswirtschaft keinen Vorteil. Es muß gefordert werden, daß auch die menschliche Arbeitskraft wirtschaftlich eingesetzt wird. Diese Forderung liegt durchaus im Wesen unserer wirtschaftlichen Entwicklung, im Wesen der Rationalisierung, der Wirtschaftlichkeit und der wirtschaftlichen Betriebsführung. Es muß deshalb verlangt werden, daß zu den jeweiligen Arbeitsaufträgen stets auch die dafür zuständigen fachlich geschulten Arbeitskräfte herangezogen werden. Anders zu verfahren, ob im Wege der sogenannten Selbst- oder Nachbarschaftshilfe, ob durch sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, ist unwirtschaftlich und unsozial und mit irgendwelchen Wirtschaftsprinzipien nicht zu vereinbaren. Es ist nicht dagegen zu sagen, wenn Erwerbslose sich vereinigen oder zu einer Gemeinschaft zusammenschließen werden zur Verteidigung der unmittelbaren individuellen Bedürfnisse, wie etwa in Frankfurt a. M. bei den Erwerbslosenräten. Aber sobald die Tätigkeit solcher Gemeinschaften das eigentliche Wirtschaftswesen und Erwerbslose betrifft, muß gefordert werden, daß auch die menschliche Arbeitskraft entsprechend den sonst in der Wirtschaft geltenden Grundsätzen gewertet und bewertet wird. Das soziale Mandat, das man heute den Erwerbslosen-Arbeitsgemeinschaften, Erwerbslosenvereinigungen und der Selbst- und Nachbarschaftshilfe für die im Produktionsprozeß Stehenden umhängt, ist zu fadenförmig, um die unsozialen Ergebnisse dieser Art von Sozialpolitik nicht bald für jedermann deutlich erkennbar werden zu lassen.

Der Vorstand des Deutschen Bauwerkverbundes hat am 21. Januar an den Reichsarbeitsminister folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Reichskommissar für die vorläufige Kleinriedlung hat unter dem 7. November 1931 Richtlinien zur vorläufigen Kleinriedlung herausgegeben, die mit einer Begleitverordnung vom 10. November den Länderregierungen zugestellt wurden. Im Abschnitt I A der Richtlinien heißt es unter 3: „Die Gewinnung, Verarbeitung und Herstellung der Baustoffe sowie der Aufstellung und Herstellen der Nebenarbeiten zum Aufbau der Siedlungsanlagen und sonstigen Arbeiten der Selbst- und Nachbarschaftshilfe oder im Wege der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, des freiwilligen Arbeitsdienstes erfolgen.“ In einem Schreiben des Reichskommissars für die vorläufige Kleinriedlung vom 7. Dezember an die Länderregierungen ist über die Durchführung der Siedlung wiederum gesagt, daß sie im Wege der Selbst- und Nachbarschaftshilfe und des freiwilligen Arbeitsdienstes erfolgen solle. — In den Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung vom 10. November (Reichsarbeitsblatt Nr. 33 vom 25. November 1931) heißt es unter A 8: „... über die Arbeitsbedingungen, insbesondere auch über die Zusammenarbeit mit nichtlebenden Mitarbeitern...“ wird zwischen dem Siedlungsunternehmer und den bevollmächtigten Vertretern der Gruppe eine Vereinbarung herbeigeführt.“

Diese Anweisungen lassen die Ansicht erkennen, die Bauarbeiter — sowohl sie nicht selbst als Siedler beauftragt sind — von den Bauarbeitern für diese Umleitung voll-

kändig auszuspalten. Demgegenüber weisen wir auf die dem Reichsarbeitsminister wohlbekannte furchtbare Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter hin. Von der Arbeitslosenabnahme unseres Bundes am 4. Januar 1932 wurden 85,7% der Mitglieder unserer Organisation als arbeitslos gezählt. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit ist bisher von Woche zu Woche gestiegen und steigt voraussichtlich noch weiter. Sie wird praktisch bald einer vollkommenen Beschäftigungslosigkeit gleichkommen.

Angelichts dieses furchtbaren Zustandes ist es dringend notwendig, die Bauarbeiter soweit nur irgend möglich im freien Arbeitsverhältnis in die Siedlungsarbeit einzuschalten; nicht aber, sie unter allen Umständen von diesen Arbeiten fernzuhalten. Wir bitten Sie deshalb, Herr Minister, dieser Frage Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wir haben volles Verständnis dafür, daß bei der Errichtung der vorläufigen Kleinriedlungen in allererster Linie die Arbeitskraft der erwerbsfähigen Siedler selbst eingesetzt wird. Es wäre jedoch unerträglich, wenn die restliche Arbeit, die nicht von den Siedlern selbst bewältigt werden kann, etwa im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes geleistet würde. Wenn damit würden die Bauarbeiter entweder von dieser Arbeit ausgeschlossen oder sie müßten diese Arbeit leisten unter Ausschaltung aller ihrer Interessen an geregeltem Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nachdem den Bauarbeitern jahrelang gesagt worden ist, daß nur ihr „hoher“ Lohn eine ausreichende Beschäftigung verhindern würde, es als begrifflich unklar, so wogener verhindern können, wenn sie nun — nachdem ihre Löhne seit dem April 1931 allgemein um über 20% gesenkt sind — von der wenigen vorhandenen Arbeit planmäßig ausgeschaltet würden. Es ist im Gegenteil dringend notwendig, sie, soweit es nur irgendwie ohne Schädigung des Siedlungswezens möglich ist, in diese Arbeit einzuschalten. — Die Bedeutung dieser Angelegenheit wird noch dadurch gesteigert, daß die Umleitung eines Teiles der Bevölkerung in der nächsten Zeit eine der hauptwichtigsten Arbeitsaufgaben der Bauwirtschaft sein wird. Das ergibt sich schon zwangsläufig daraus, daß andere öffentliche Mittel als die für die vorläufige Kleinriedlung und die landwirtschaftliche Siedlung nach der bisherigen Politik der Reichsregierung für die Bauwirtschaft in den nächsten Jahren nicht zur Verfügung stehen.

Wir begehren uns zum Schluß noch auf den Hinweis in der Begleitverordnung des Reichskommissars vom 10. November 1931, monach „das Baugewerbe, soweit dies mit den Grundbesitzern sparsamster Wirtschaft vereinbar ist, tunlichst einzuschalten.“ Wir sind überzeugt, daß gerade die Grundbesitzer sparsamster Wirtschaft in den meisten Fällen die Heranziehung von Bauarbeitern im ordentlichen Arbeitsverhältnis notwendig machen. Die Verbrauchsarbeiten an Lohn, die dadurch, gegenüber der Selbsthilfearbeit baufachlich geschulter Erwerbsloser entstehen, werden sicher aufgewogen durch sparsame und zweckmäßige Verwendung des Materials. Außerdem wird der Aufwandswert der einzelnen Häuser zweifellos erhöht durch handwerksgerechte Arbeit, ohne die Häuser mit einem gewissen Dauerwert nicht erstellbar werden können. — Genauere Berechnungen, die wir in Zusammenarbeit mit uns nahebestehenden Bauunternehmern durchgeführt haben, ergeben, daß es bei sparsamer Materialwirtschaft und rationaler Arbeitsorganisation möglich ist, auch bei tarifmäßiger Lohnzahlung mit den in Aussicht genommenen Mitteln Häuser in Maßstab zu errichten, die den vom Herrn Reichskommissar gestellten Anforderungen in jeder Beziehung entsprechen. Auf diese Weise wäre es möglich, auch nichtlebende Bauarbeiter weitgehend zu diesen Arbeiten im ordentlichen Arbeitsverhältnis heranzuziehen und wenigstens in bescheidenem Umfang die furchtbare Not der Bauarbeiter zu mildern.

Wir bitten, uns Gelegenheit zu geben, die entsprechenden Pläne, Berechnungen und Unterlagen baldmöglichst dem Ministerium vorlegen und mündlich erläutern zu können.“ Eine Abschrift dieses Briefes ist dem Reichsriedlungs-kommissar Dr. Saaben zugeleitet worden.

Sozialdes Mietrecht.

Aus dem Vortrag des Genossen Dr. Penman n in der Beiratssitzung am 21. Januar geben wir nachstehend den Hauptinhalt wieder.

Die Reform des Mietrechts kann von drei Gesichtspunkten aus betrachtet werden: vom Konsumenten- (Miet-) standpunkt, vom Eigentumsstandpunkt, und vom Standpunkt des öffentlichen Interesses.

Der Konsument hat ausschließlich Interesse an niedrigeren Mieten, der Eigentümer an einer hohen Rente. Das öffentliche Interesse heißt die Beschäftigung dreier Forderungen: Schutz des typischen schwachen Mieters, Erhaltung des Hauses als eines volkswirtschaftlichen Gutes und Förderung der Wohnungskultur. — Die Gewerkschaften fordern bei einer Mietrechtsreform die Berücksichtigung des öffentlichen Interesses.

Das privatrechtliche Mietrecht des bürgerlichen Gesetzbuches beruht auf dem Privateigentum an Grund und Boden und auf der Vertragsfreiheit. Dieses Privateigentum ist gesellschaftlich gesehen ein dreifaches: es gewährt dem Eigentümer den Besitz, die Verwertung und die Nutzung des Hauses. Im vorkapitalistischen System waren alle drei Funktionen in einer Hand vereinigt, weil dem bäuerlichen Verband das Grundeigentum als Zubehör des Überbaus erschien. Grundeigentum war damals Arbeitseigentum. Im kapitalistischen System wandelt sich vor allem das städtische Grundeigentum in Fremdbum.

Auch die Vertragsfreiheit hat heute ihren Sinn eingebüßt. Sie bedeutet nicht nur die rechtliche Möglichkeit,

Verträge jeden beliebigen Inhalts abzuschließen, sondern auch die faktische Chance hierzu. Eine solche faktische Möglichkeit besteht aber nur zwischen zwei gleich starken Partnern. An dem Augenblick, wo die Nachfrage nach dem Wohnungsmarkt das Angebot übersteigt, gewinnt der Grundeigentümer eine monopolistische Stellung. Zwischen Monopolisten und Nichtmonopolisten gibt es aber keine Vertragsfreiheit, sondern nur Diktat.

Diese Ungleichheit in der Stellung muß ausgeglichen werden durch die staatliche Intervention in das freie Mietrecht. Das fordert auch die Weimarer Verfassung, die nicht ein Bekenntnis zu einem bürgerlichen Rechtsstaat, der auf Privateigentum und Vertragsfreiheit beruht, sondern das Bekenntnis zu einem sozialen Rechtsstaat enthält, der den Aufstieg der arbeitenden Klasse sichern soll.

Die staatliche Intervention in das freie Mietrecht hat begonnen bereits zu Beginn des Krieges mit der Verordnung vom 5. August 1914 über die Errichtung von Einigungsämtern. Die Grundlagen des staatlichen Interventionsrechts sind heute das Reichsmietengesetz vom 24. März 1922, das Mieterschutzgesetz vom 1. Juni 1923 und das Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923.

Das Wohnungsmangelgesetz (WMG) zielt auf die Erhaltung und auf die Verteilung des vorhandenen Wohnraumes und führt zu diesem Zweck die Beschaffung unbenutzter Wohnräume und die Möglichkeit des Anschlusses von Zwangsmietverträgen ein. Es ist durch verschiedene Länderverordnungen, insbesondere aber durch die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zu einem erheblichen Teil außer Kraft gesetzt. Das WMG führt für den Mieter die Möglichkeit ein, sich durch Berufung auf die gesetzliche (das ist die vom 1. Juli 1914 an geltende) Miete von der höheren Miete zu befreien. Auch das WMG ist durch verschiedene Länderverordnungen und die Vierte Verordnung für Geschäftsräume und für teure Wohnungen außer Kraft gesetzt.

Das Mieterschutzgesetz (MSchG) bezweckt die Einschränkung der Kündigungsfreiheit des Vermieters; nur durch Aufhebungsklage kann ein Mietverhältnis, und zwar durch Spruch des Mietrichters aufgehoben werden, und zwar unter den im Gesetz festgelegten Voraussetzungen. Auch das MSchG ist teils durch Länderverordnungen, teils durch die Vierte Verordnung in seinem Geltungsbereich eingeschränkt. Mietrichter sind vom 1. Januar 1932 an die Amtsgerichte ohne Zustellung von Laien.

Das WMG tritt am 1. April 1933 außer Kraft, das MSchG und das MSchG treten zum gleichen Zeitpunkt dann außer Kraft, wenn bis dahin ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des WMG und des MSchG beseitigt werden. Darum ist die Erörterung einer Reform des Mietrechts eine dringende Aufgabe. Die Reform hat drei Gesichtspunkte zu beachten: den Schutz des Mieters, den Schutz des Hauses, die Förderung der Wohnungskultur. Ungeachtet für die Erreichung dieser Zwecke ist zunächst das Stöckerwerkzeug, das den Mietern Eigentum unter bestimmten Voraussetzungen an einem Teil des Hauses (seiner Wohnung) gewährt. Es entspricht kleinstädtischer Vorstellung, ist mit der modernen Organisation des Hypothekarkredits unvereinbar und führt zu Streitigkeiten zwischen den Stöckerwerkzeugen. Ein ungeeignetes Mittel ist auch der Tarifvertrag zwischen Hausbesitzer und Mieterverbänden, weil der Inhalt der Mietverträge, insbesondere die Höhe des Mietzinses einer solchen Regelung nicht fähig ist.

Bei der Erörterung des Mietrechts muß es sich zunächst darum handeln, ob die Kündigungsbeugnis des Vermieters in Anspruch genommen werden soll. Diese Frage ist für keine Wohnungen und billige Wohnungen (wie auch Schrotterwohnungen) unbedingt zu bejahen. Nur unter bestimmten Voraussetzungen und nur durch Klage kann das Mietverhältnis aufgelöst werden. Notwendig ist auch die Bewilligung von Räumungsgewalt, und, sofern Wohnungnot noch besteht, die Möglichkeit der Zubilligung eines Erlaßraumes.

Der Referent bespricht weiterhin einige Reformvorschlüge zum Schutz der Mieter (zwingende Verpflichtung des Vermieters zur Instandhaltung der Wohnung und des Hauses; Recht der Mieter zur Anbringung verkehrsbefähiger Anlagen, Aufrechnung gegen Mietzinsforderungen). Das zweite Problem ist die Frage der Höhe des Mietzinses. Der gegenwärtige Rechtszustand, der bei der Ermittlung der Miete auf den 1. Juli 1914 zurückgreift, ist für die Dauer nicht ausreichend. Notwendig ist eine Bestimmung, wonach der Mieter verpflichtet ist, nur eine angemessene Miete zu zahlen. Die Angemessenheit wird gemessen durch eine Verwaltungskategorie (Mietelinkungsamt) auf Grund von bindenden Richtlinien des Reichsarbeitsministers, die dieser nach Anhörung des Reichswohlfahrtsamtes, eines Reichstagsausschusses und der Spitzenverbände der Mieter und Vermieter, zu erlassen hat.

Der zweite Ausgangspunkt einer Mietrechtsreform muß sein der Schutz des Hauses als eines volkswirtschaftlichen Gutes. Dieser Schutz kann nur dann verwirklicht werden, wenn der Mietzins teilweise zueckgebunden wird. Der Mietzins setzt sich regelmäßig aus fünf Teilen zusammen: Der Rente des Eigentümers, den Steuern, den Reparatur- und Amortisationskosten, den Verwaltungskosten und dem Hypothekenzinsen. Notwendig ist eine Bestimmung, wonach weder der Vermieter, noch der Gläubiger über den Reparaturanteil des Mietzinses verfügen dürfen. Der Reparaturanteil ist vielmehr einer öffentlichen Stelle einzuzahlen. Der Vermieter darf nur zu Zwecken der Instandhaltung darüber verfügen.

Was Reparaturanteil ist, wird von einer Verwaltungsbehörde auf Grund bindender Richtlinien des Reichsarbeitsministers festgelegt. Kommt der Vermieter seiner Instandhaltungs- und Reparaturpflicht nicht nach, so kann der Mieter, ein Hypothekengläubiger, oder die Gemeindebehörde die Zwangsverwaltung beantragen.

Maßnahmen gegen den „Preisabbau“.

Der Reichskommissar für Preisabbaugewalt teilt mit: Es ist wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß Geschäftsleute ihre Waren unter der Bezeichnung öffentlich ankündigen, daß Preis senkungen „entsprechend der Notverordnung“ vorgenommen seien, ohne daß diese Angaben den tatsächlichen Verhältnissen entsprächen. Diese Vorgänge sind geeignet, das Publikum irrezuführen und darüber hinaus die Bemühungen um eine wirkliche Preis-

Die fünf Träume des Adolf Hitler.

Karikatur aus der „Prager Presse“



lenkung zu vereiteln. — Ich hatte es für geboten, daß die Polizeibehörden und die Strafverfolgungsbehörden gegen derartige Maßnahmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unerschrocken einzusetzen.

Ich wäre dankbar, wenn die Polizeibehörden und die Strafverfolgungsbehörden auf diese Sach- und Rechtslage aufmerksam gemacht und ihnen die entsprechenden Anweisungen unverzüglich gegeben werden könnten.

Auch das Publikum, besonders die Frauen der Lohn- und Gehaltsempfänger sollten auf derartige Manipulationen ein offenes Auge haben, und derart handelnde Geschäftsleute unerschrocken anzeigen.

Keine Willigkeitsgründe mehr für Lohnsteuererstattung.

Bisher bestand die Möglichkeit, daß der Lohnsteuerpflichtige, wenn er sich durch besondere Umstände in Not befand, Erstattungsanträge stellen konnte, die aus Willigkeitsgründen genehmigt werden konnten.

Nazi-Vertriebszellen.

Wie uns aus Glandau berichtet wird, hat die Nazi-Ortsgruppe Glandau an sämtliche Glandauer Unternehmer nachfolgendes Rundschreiben gerichtet: „Die N.S.D.A.P. ist keine Gewerkschaft, sondern eine Kampforganisation zur Brechung des Marxismus in den Betrieben.“

Dieses Vorgehen der Nazis lehnt gleich dem Verhalten der Gelben wie ein Ei dem anderen. Außerdem ist es ein Verstoß gegen das Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

Die Preise müssen herunter, Kollegen, wir haben die Pflicht, jeder an seiner Stelle, die strengste Kontrolle darüber auszuüben, ob und inwieweit die Preise abgebaut worden sind. Unsere Mitglieder müssen Obacht geben. Unsere Gemeindevertreter müssen für Verkehr-, Licht-, Wasser- und Gas-Presermäßigungen wirken. Wir müssen mithelfen, nachdem die Löhne bereits abgebaut wurden.

und gebeten worden, mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Treiben vorzugehen. Die Staatsanwaltschaft soll ebenfalls zum Einschreiten ermahnt werden. Eine besondere Weisheit verrät in dem Schreiben die Wendung, die Beschäftigung „rauber“ Gl.-Leute befreie aus der Young-Sklaverei.

Es geht doch nichts über die besonderen Tugenden „echtgemeinlicher Herrenmenschen“. Nach vernünftiger Auffassung sind allerdings solche bahkreuzerischen Ausführungen heutzutage höchst unangebracht.



Die Dauer der Familienhilfe.

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ist die zur Regelleistung erhobene Familienkassenpflege in der Krankenkassenversicherung auf die Dauer von 13 Wochen zu begrenzen. Es handelt sich hierbei um eine Pflichtleistung, zu deren Gewährung jede Krankenkasse verpflichtet ist.

Die Staatsidee des Arbeiterstandes.

Der Zweck des Staates ist nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch ihre Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen könnten.

bekanntem Kommentar von Hahn entnommen sind. Es heißt da: „Die Frist hat nicht die Bedeutung, daß an jedem Tag derselben ein besonderer Akt der Fürsorge stattfinden muß, damit der Tag in die Frist eingerechnet werden könne; es genügt, daß die Fürsorge, die in ärztlicher Behandlung oder Gewährung von Heilmitteln zum Ausdruck kommt, sich über die Frist erstreckt, dergestalt, daß z. B. die Verabreichung einer Arznei zur Anwendung für längere Zeit die Einrechnung dieser ganzen Zeit zur Folge hat, und daß, wenn der Arzt den Versicherten einer dauernden ärztlichen Fürsorge für bedürftig hält und ihn deshalb z. B. wöchentlich einmal zum Zwecke ärztlicher Behandlung, nicht bloß zur Beobachtung, zu sich beschleht, der Kranke während dieser ganzen Zeit als in ärztlicher Behandlung stehend anzusehen und folgerweise die ganze Zeit nicht etwa nur jeder Besuchstag in die Frist einzurechnen ist.“

— Auf eine andere Frage lie hier noch eingegangen. Hat der Angehörige für die Höchstdauer von 13 Wochen Leistungen bezogen, so ist kein Anspruch an die Kasse noch nicht erschöpft. Ein weiterer Anspruch ist nur dann ausgeschlossen, wenn der Versicherungsfall (die Krankheit) mit Ablauf der Dreizehnwöchensfrist nicht erloschen war.

Jahresfrist Regelleistung.

Nach dem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 23. Dezember 1931 kann n Jahresfrist Bestandteil der ärztlichen Behandlung oder sogenanntes kleines Heilmittel sein und ist dann als Regelleistung anzusehen. Es wird Fälle geben, in denen ein größeres Heilmittel die Dauer des Heilverfahrens abkürzt und dadurch der Kasse Kosten erspart werden.

Streiks u Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geopfert sind die Arbeiter des Unternehmens Schauer, Niederbiffau (Lübeck), Baustelle Gusthof Wischhofstet bei Reinfeld wegen unverdienten Lohnabbaus, und die Arbeiter der Firma Wiedersich in Norden wegen Tarifbruchs.

Töpfer: Geopfert sind: In Crimmitschau die Firma Hezinger, in Hohenheim-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Reumann, Gustav Hönliche und Wöhme.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Zeittstellungsergebnis vom 4. Januar 1931.

Table with columns for 'Bezirksverband', 'Mitarbeiter', and various trade categories. It lists membership and unemployment statistics for various regions like Königsberg, Danzig, Steffen, Breslau, Berlin, Magdeburg, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Ostfriesland, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, and Karlsruhe.



Unterhaltung und Wissen



Hoher Besuch . . .

Die Flügel der hohen Türe zum Amtszimmer des Vater Staat wurden plötzlich beide aufgerissen. Ein Bediensteter erschien.

Leuchtenden Auges, mit vor Erregung überschnapperender Stimme meldete er: „Seine Hoheit, Prinz Blasen von Stielensmil!“

Dem nicht hinter ihm Eintretenden bemühte er sich, einen unbedenklichen Blickling zu widmen. Laufflos verschwand er dann und schloß ebenso geräuschlos wieder die Türe.

Der Angemeldete, der allem Anscheine nach den Vater Staat völlig unerwartet mit seinem Besuche beehrte, roch direkt nach Äbel: Frack, Zylinder, Monokel, weiße Handschuhe und bemüht lässige Haltung.

Vater Staat, der eben über einer neuen Rotterordnung bräufte, schnellte bei Nennung des Namens hinter dem imposanten Stapel verordnender Papiere hervor.

Ehe er in unterstärkter Stellung erstarren konnte, sprach der erlauchte Besucher ersten Tones: „Ich bin nicht das, was ich scheine.“ Dabei ließ er achtlos das Monokel fallen, streifte die Handschuhe ab und ein Paar derbe Arbeitshände wurden sichtbar.

Im Moment war Vater Staat ganz unnahbare Würde. Ein vernichtender Blick schoß aus seinen stahlblauen Augen. Unwillkürlich trat er einen Schritt zurück nach dem Schreibtisch und hob in nicht mißzuverstehender Weise die Hand nach der rettenden Klingel. Dazu herrschte die einzige Stimme: „Anerkennung Frechheit!“

Der verdächtige Unbekannte wagte es, den Allgemaligen zurückhaltend an dem Arme zu berühren.

„Hören Sie, ich will doch nur einen Rat, eine Auskunft haben.“

„Erlaunt und doch sichtlich erschreckt hielt Vater Staat inne, dann schnob er los: „Wer sind Sie eigentlich? Wie kommen Sie hierher? Wer zeichnet dafür verantwortlich? Auskunft! Mich so zu täpiern!“

„Wie ich hier herein gelangen konnte?“ lächelte der Befragte verschmitzt. „Ich habe keine Urkunde, Ihnen das zu verbergen. Wird aber da nicht Ihrer kostbaren Zeit ein Leerlauf verurteilt, wenn ich so eigentlich Nebenwünschliches berichte?“

„Ja — Nebenwünschliches — Leerlauf!“ unterbrach Vater Staat aufgebracht den sich offenbar als ganz gewöhnlicher Bürger Entpuppenden. „Haben Sie jemals etwas Wertiges in meinem Betriebe bemerkt?“

„Vergessen, aber doch Reiter wollen zuweilen davon wissen.“

„Stoff für eine neue Rotterordnung“, murmelte Vater Staat ingrimmig halb laut vor sich hin.

„Doch ich will ganz erzählen“, fuhr der Bürger bereitwillig fort, „gestern morgen um halb neun Uhr pochte ich an die erste Amtstüre, um den Weg zur rechten Schmiede zu finden. Am Nachmittag, zu Ende der öffentlichen Amtsstunden, hatte ich die 48. Türe hinter mir geschlossen. Erschöpft wie ich war, legte ich mich auf die Schwelle der 49. nieder, um heute früh mein zermürbendes Unterfangen frohlich fortsetzen zu können. Als ich das 56. Zimmer fluchtartig verlassen mußte, kam mir plötzlich ein rettender Einfall. Du hast keine Kräfte überhäuft, wurde mir klar. Um dahin zu gelangen, wo du Rat zu finden hoffst, gehören die Jahre eines Methusalem. Stelle dich um! Besorge dir ein „Gesam tu dich auf.“ Gedacht — getan. In einem Kleiderverleihmagazin verwandelt ich mich in den, als der ich bei Ihnen angemeldet wurde. Von der Minute an kam ich mit vor wie Alt Baba. Wie von Zauberband geöffnet slog jede Türe vor mir auf. Dabei bot sich mir — wie noch nie in



„Ich bin nicht das, was ich scheine“ . . .

meinem Leben — ausgiebige Gelegenheit, die Kopfform des Mannes von der Stirne bis zum Halswirbel in den verschiedensten Winkelstellungen zu betrachten. Außerdem konnte ich häßlich geformte Menschen bestaunen, bei denen der Rücken der erhabenen Körperzeit —

„Falsch! Sie sind kürzer!“ brummte Vater Staat nervös den Bericht ab. „Meine Zeit ist bemessen.“

„Wie gewünscht!“, schmunzelte der Bürger, „also zur Sache.“

Hart klang seine Stimme und bitterer Ernst überzog das blaße Gesicht, als er weiter sprach. „Ich bin am Ende meiner Kunst!“

„Kunst? Sind Sie Künstler?“

„Nein — Arbeitsloser.“ Dem Vater Staat blieb die Spucke weg, ehe er sich entkräften konnte: „Was hat das mit Kunst zu tun?“

„Ja, ist das vielleicht keine Kunst, jahrelang mit der ständig bedrückten und bezwackten Unterfertigung auszuhalten, ohne zu Bruch zu gehen, ohne an der Weisheit der Bestimmenden zu zweifeln!“

„Keine Anglizitäten!“ Also was wollen Sie eigentlich?“

„Hören Sie: Ich bin seit 21. Juni 1930 erwerbslos. Am 13. August 1931 hat meine Frau ein Kind geboren. Nach der gesetzlichen Schonzeit arbeitete sie vier Wochen. Am 21. Oktober wurde sie entlassen. Der letzte Lohn betrug — infolge Kurzarbeit — 17 M. Als Ernährer der Familie stellte sie Zulageantrag für Mann und Kind. Die zugemutete Karenzzeit läuft bis 5. November. Da nach menschlichem Ermessen eine dreiköpfige Familie unmöglich vom 21. Oktober bis mindestens 7. November von 17 M. existieren kann — außerdem fällt noch die Miete dazwischen — ging ich aufs Fürsorgeamt meines Wohnortes. Dort bekam ich den strikten Befehl, daß laut Rotterordnung während der Karenzzeit von der Gemeinde nichts gegeben werden darf. Wenn schon, dann höchstens aus einer mildtätigen privaten Stiftung, also aus Barmherzigkeit, nicht aber, wie bereits gesagt, zufolge eines gesetzlichen Anspruches. Mißhin: Erwerb durch Arbeit

Bitte nicht — kämpfe!

Wanderer Schächer bittend steht
Um die Gunft des Reichen,
Wanderer wieder durch Gebet
Gott sucht zu erweichen,
Daß er lind're seine Not,
Daß Gerechtigkeit
Breche ihm sein Stüddchen Brot
In Barmherzigkeit!

Wanderer macht sich gar zum Lump,
Wird zum Müßiggänger,
Der dem Reichen frech und plump
Dient als ein Verräter,
Dessen Sinne sich verrohrt,
Dessen Herz verstockt ist,
Der beim Kampf um Lohn und Brot
Nur auf sich bedacht ist!

Nicht das Bitten, auch nicht Gunft
Formt das wahre Leben,
Der den Menschenwert verkennt,
Der greift stets daneben;
Dauernden Beiß erzwingt
Mannesmut und Fleiß,
Einen Sieg nur der erringt,
Der zu kämpfen weiß!

Zaßs.

unmöglich, der Staat gibt nichts, die Gemeinde darf nichts geben, ich habe nichts und erbecken mich ich nichts. Nun möchte ich nur fragen, wovon man leben soll.“

Vater Staat räuspert sich feuchend.

„Ja, mein Lieber, die Zeiten sind schwer. Wir alle müssen darben. Es hat eben jeder einzelne das Verständnis für die allgemeine Notlage aufzubringen.“

„Was nützt mir das, wenn ich nichts zum Futtern bringe! Laßschändlich, man sollte einfach doch betteln gehen.“

„Das ist verboten, wie Sie wohl wissen werden! Das wäre ja noch schöner! Dafür habe ich meine Leute. Wo sollte denn das hin führen, wenn jeder z-belliebige seine Mitbürger belästigen dürfte!“

„Man soll also durchaus Braueit mimen. Leben will und soll man auch. Bekommen kann, oder vielmehr Anspruch hat man auf nichts. Arbeit steht verriegelt im Karitatenkabinett — raten Sie mir nun, wie das alles unter einen Renner gebracht werden kann.“

„Guter Mann, nur den Mut nicht sinken lassen! Es tut mir ja furchtbar leid, aber ich bin selbst total abgebrannt.“

„Abgebrannt!“ Höchstes Erstaunen malte sich im Antlitz des Befragten. „Sie reimt sich denn das zusammen, daß der holländische Eremit in Doorn Tag für Tag rund 1000 M. aus unserer Gemeinschaftskasse erhält — der immense Troß seiner Leidensgenossen gar nicht gerechnet — und daß, nebst anderen, einer gewissen Prinzessin Mililga von Montenegro das Oberlandesgericht, in Rostock eine halbe Million zu Lasten des Milpfländchens Meddenburg-Strelitz zuschanzte, die außerdem noch vom 15. Juli 1925 ab mit 8 % verzinst werden muß?“

„Daran sehen Sie ja, wie recht ich habe! Das geschieht doch nur deshalb, damit wir Zeugen im Auslande haben, die bekunden können, daß wir den ehrlichen Willen zeigen, unsere Schulden ans Ausland bezahlen zu wollen, aber nicht in der Lage sind, alles zu begleichen!“

„Das fasse ich nicht.“

„Verlange ich ja nicht — ist nicht nötig. Dafür bin ich da. Ich beanpruche nur euren Glauben an mein Vermögen um euer Wohl.“

„Bisiel viel verlangt, he? Und aus der lustigen Perspektive, soll man wohl auch die Rotterordnungen belächeln?“

„Vater Staat wird ärgerlich. Reden Sie nicht so anständig, so respektlos von den Maßnahmen, die nur dem Ganzen dienen!“

„Beflüßigt ergänzt der Bürger: — und dem einzelnen.“ Vater Staat, miträufchend: „Wie meinen Sie das?“

„Nun: je als ich nämlich die paar Wochen Kindermaßel spielen mußte, war mein Abfenker mal hartleibig. Zum letzten Versuch legte ich ihm — weil doch Papier wärmen soll und Wärme aufstaut — die gesammelten Rotterord-

nungen in die Windel und siehe da: von Stunde an äußerte er sich mehr als mit lieb war.“

In flammender Empörung braust Vater Staat auf: „Mann, das ist der Gipfel! Ungeheuerliche Verhöhnung — Beleidigung!“

„Aber erlauben Sie mal, Papier ist Papier. Die Drucker-Schwärze mach't's doch nicht.“

„Sie erwähnten's aber in Verbindung mit —“

„Gewiß, gewiß. Ich wollte damit nur sagen, daß sich die weißen Rotterordnungen ungeheuer vielseitig auswirken, denn sie beugen zum Beispiel auch dem Papiermangel im Haushalt vor.“

Vater Staat beruhigt: „Die Erklärung ist ja ziemlich windig, aber ausnahmsweise will ich mal drüberwegsehen. Sonst — ich kann sehr hart frosten!“

„Wesh ich. Was hat mir aber nun meine — hm — diese Müdigung genügt? Ich bin eben! Soache wie vorher.“

Vater Staat abseufzend: „Tut mir leid. Wenden Sie sich schriftlich an die zuständige Behörde. Die wird Ihr Gesuch weiterleiten. Im übrigen müßte ich Sie jetzt wegen Ihres imperfekten Eindringens und wegen Ihres respektlosen Benehmens abführen lassen. Weil Sie aber der erste gewöhnliche Sterbliche sind, der über diese Schwelle schritt, will ich Gnade vor Recht handhaben!“

„Ich bin gerührt“, hauchte der Bürger ergriffen. Energisch drückt Vater Staat auf die Klingel. Dem sofort Erscheinenden gebietet er: „Führen Sie den Mann hinaus!“

Während er sich dann wieder hinter dem Schreibtisch verstaubt, murmelt er: „Somas passiert mir nicht noch einmal. Diese Lücke in den Rotterordnungen muß raschestens ausgefüllt werden.“

— — — Durchig fauchte die Feder ins Tintenfaß . . .

M. Urkabet.

Die Nach-Arbeiterpartei.

Jawohl, die Schutztruppe der schwerindustrialen Junker und Junkergesellen nennt sich Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Kürzlich hatte diese Partei im Berliner Westen ihren großen Tag. Die Primadonna dieser Partei, Adolf Hitler, sprach für einen Eintrittspreis von 2 M. Das erste reaktionäre Publikum Berlins war erschienen. Da wimmelte es nur so von Herren mit Viadbauch und Stiernacken, die Gesichter mit Monokel und Schminfen verziert. Auch die vornehme Damenwelt war reichlich vertreten. Es schien, daß für diese Verehrer Hitlers Abendkleid, Lognon und obligate Kriegsbemalung vorgegeschrieben waren. Auch die akademische Jugend war anwesend. Über einen Arbeiter oder eine Arbeiterfrau hätte man sogar mit der schärfsten Lupe nicht entdecken können. Was wäre auch der Arbeiter, der 2 M. für eine solche Nazi-Gründerfeier hätte! Ja, und dann erschien der große Adolff mit seinem Gefolge Grandfalsch und ersten Gefächs betritt er das Podium. Große Kunstpause. Dann rollt die Walze ab. Eine alte Walze, wobei vor allem auch die Hände zu tun bekommen. Die Hitlerleute sind die radikalsten Gegner der Weimarer Verfassung. Diese Verfassung schreibt die Demokratie vor. Danach soll die Masse, die Mehrheit entscheiden. Diese Formel sei eine der verderblichsten für die Menschheit. Jedes Volk, jeder Staat muß zugrunde gehen, der sich der Demokratie verschreibt. — So und ähnlich. Natürlicher erste die nationalsozialistische Primadonna freisetzt sich Beifall. Und so etwas nennt sich Arbeiterpartei . . .

In der Schaulustigstheibe eines Berliner Schuhmachers findet sich folgende Ankündigung: Herren-Gohlen 4.50 M., Damen-Gohlen 3.50 M., Kinder je nach Größe auf Wunsch in einer Stunde. Na na — Schuster bleib bei deinem Zeißeln!



St.-Männer.

„Sör uff mit deinem kommunistischen Quatsch! Ich bin zwar auch von die SPD. gekommen, aber der ist Jost! Ich danke schon vierzehn Tage her!“

Der „Wahre Jakob“.

„Jeden de Kommunisten ba'ä janisch inzuwenden, die sin jenu wie wir jejen de Gemerkschaften un for Jellen.“

Seiß flunkert.

Mein Vater kommt nach Berlin. Ich schlepe ihn in das Planetarium. Der Spärräusler ist sehr freundlich und fragt mich:

„Wann sind Sie geboren? Ich werde Ihnen den Sternenhimmel dieses Datums vorführen . . .“

„13. März 1896.“ Der Assistent nickt. Das Firmament legt los. Ich schaue ergriffen. Nur mein Vater bleibt ungerührt.

„Schwindel!“, knurrt er, „gemeiner Schwindel. Es hat die ganze Nacht geregnet.“

Aus der Naturgeschichte der Nazis.

In einer süddeutschen Wahlversammlung führte ein nationalsozialistischer Diskussionsredner, der dem Bauernstand angehört, folgendes aus:

„Wir Bauern sind für die Diktatur, denn das muß aufhören, daß der Staat sich in alles hineinmischt.“

Aus den Bauwerkstätten

Altsadt. (Ein Jubiläum.) Nunmehr ist Kollege K r u g mehr als 25 Jahre Vorstandsmitglied unserer Bauwerkstätte. Im Jahre 1904 zum Kassierer gewählt, bekleidet er mit einer Unterbrechung von 1910 bis 1912, wo er in anderer Funktion als Vorstandsmitglied tätig war, das Kassieramt auch heute noch. Die Gewissenhaftigkeit mit der er sein Amt wie selten einer ausfüllt, sein strenges und zielklares Streben erworben ihm die Achtung aller seiner Kollegen. Neben seinem Kassieramt bekleidet Kollege K r u g auch heute noch eine Reihe anderer Ämter in der Arbeiterbewegung. — Wir gratulieren unserem Emil auf das herzlichste, danken ihm für seine erfolgreiche Tätigkeit und wünschen ihm noch lange Jahre erprießlicher Wirkfamkeit. Seine uner müßliche Treue und sein Pflichtgefühl können allen jungen Kollegen zum Vorbild dienen.



Königsberg i. Pr. (Bilanz eines gebälligen Kampfes.) Im Frühjahr 1931 erging der Ruf der Moskower in die Bauarbeiter in Königsberg, einen Einheitsladen der R.D.O. aufzumachen. Eine kleine Anzahl dazwischen, die den Schwimmbadern der R.D.O. zugänglich waren, folgte dieser Einladung. Es hatte nicht viel zu bedeuten, denn diese Abtrünnigen waren Zwangsmitglieder, die die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen, um sich auf diese Weise von dem lästigen Vertragszahn zu befreien. Natürlich wurde der Umsturz in lauten Tönen verkündet, daß nunmehr eine „Massenflucht“ aus dem Deutschen Bauwerkstättenbund vor sich gehe. Heute kann man in kommunistischen Blättern lesen, daß man mit den Erfolgen der R.D.O. in Königsberg absolut unzufrieden ist. Dies ist richtig, die übliche Besse hat unserer Bauwerkstätte wenig und gar keinen Abbruch getan. Die jämmerlichen Phrasen der Rückbreiter und Genossen konnten keinen denkenden Kollegen veranlassen, die Fucht aus der Verantwortung mitzumachen. Die Hoffnungen der Sozialtratte der R.D.O. sind nicht in Erfüllung gegangen. Im übrigen hat die kurze Zeit ihrer Existenz ihre vollkommene Ueberflüssigkeit erwiesen. Auf der Bauplatze kriechen die Anhänger der R.D.O. demütig vor den Unternehmern, Streikbeschlüsse stehen nur auf dem Papier und eine Vertretungsberechtigung vor den Behörden ist der R.D.O. abgeprochen worden. Der ganze Erfolg liegt darin, daß nunmehr eine Anzahl R.D.O.-Bosonen auf Kosten von irreführten Arbeitern einen lediglichen Tag verdienen. Ueber die bleibt nur als sinkender Leberrest ein verästeltes Werkstück der R.D.O. — Die Bauarbeiter in Königsberg hat bisher die fürchterliche Arbeit in der Weiße überstanden. Vor allem ist ihre Organisation nicht im Wanken gekommen. Es ist nicht zu erwarten, daß es auch in der Zukunft nicht. Die denkende Arbeiterklasse wendet sich mit Abscheu von den Zerstückelungs- und Vertäufelungsorganen der R.D.O. und hält zu ihren Gemeinwesen.

Das ist die Bilanz aus dem Kampf zwischen unserm Bauwerkstättenbund und der R.D.O. Mögen nun diese Arbeiterzerstückelung weiter klaffen. Wir gehen unsere Wege weiter.

Wiesbaden. (Erdbebenung.) Unser langjähriger Kassierer der Bahnhofs Nordstadt, Kollege W i l h e l m F r e u n d, verunglückte am 15. Januar tödlich bei Holzfüllungsarbeiten im Gemeindefeld. Kollege F r e u n d war einer unserer zuverlässigsten Funktionäre und bekleidete den Posten als Kassierer seit Kriegsende. Neben der Frau und zwei unversorgten Kindern trauern die Mitglieder der Bauwerkstätte um den toten Kollegen, der immer ruhig und besonnen seines Amtes walte. Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten!

Aus den Fachgruppen

Stuhkassere und Fuher.

Wiesfeld. (Unternehmer als Lohnrücker.) In Halle bei Wiesfeld wurde eine Stuhkassere ausgeführt. Außer einem orksantigen Unternehmer hatten auch einige Wiesfelder Firmen Angebote eingereicht. Unter der Parole „Man an die Arbeit“ unterbot ein Unternehmer den anderen. Durch einen dreißigprozentigen Nachlaß auf sein Angebot gelang es dem Unternehmer in Halle, die Arbeit zu erhalten. Trotz war das Erlaunen einiger Wiesfelder Kollegen, als sie bei der Nachfrage um Arbeit vom dem Unternehmer die Mitteilung erhielten, daß sich die Wiesfelder Stuhkassere Schmeier und König schriftlich dem und wehmütig angeboten hätten, die Arbeit in Altkord auszuführen. Nach Einsichtnahme in das Schriftstück stellten unsere Kollegen folgendes fest: „Wir, die Stuhkassere Schmeier und König, arbeiten für jeden Preis; Sie sparen durch unsere Beschäftigung alle Sozialbeiträge zur Krankenkasse, zur Invaliden- und Unfallversicherung selbst zahlen. Außerdem schlagen wir, indem wir die Arbeit in Altkord ausführen wollen, jede Gehaltskonkurrenz. Zum Beweise einige Positionen unserer Schmeierkonkurrenz: Glattfußdicke je Quadratmeter 0,40 M., Rahmbede einschließlich einer kleinen Sohle je Quadratmeter 1,80 M., Rahmstützen je Quadratmeter 1,80 M.“ — Wer als Stuhkasserer dieses Angebot lieft, der kann sich getroft seine Kelle vergolten lassen, denn seine Bemühungen, angehts derartiger Preise nochmals in Arbeit zu kommen, ist vergeblich. Wir verkennen nicht, daß mancher kleine Unternehmer nicht auf Kosten gebettet ist, doch so den Lohnrücker zu spielen, das verdient eine so kräftige Bezeichnung, daß wir diese am besten unterdrücken!

Topfer und Fliesenleger.

Coswig i. Anh. (Schleierkämpfer.) In der Versammlung am 16. Januar wurde über die nunmehr geltenden Löhne berichtet, die vom Oberbürger in Leipzig festgesetzt worden sind. Danach erhalten Scheibentöpfer 40 % über dem Grundlohn, Brennhausbauarbeiter 65 % Grundlohn. Die neuen Löhne gelten bis zum 30. Juni 1932. — Die Berechnung der Bezahlungsstelle ergab einen Kassensatz von 60,44 M. — Wer hat hat zu zwei Scheibentöpfern der Scheibentöpfer einstellbar müssen. Ingesamt sind noch zwei Gehaltsgruppen- und drei Voraussetzungen beschäftigt. Von unserer Fachgruppe sind bei einer Mitgliederzahl von 145 nur noch 15 Kollegen in Arbeit.

republikanischen Geistes ist. Das es so ist, ist in erster Linie Otto Braun und unter seinen Mitarbeitern vor allem Karl Geyer zu danken. Ob es so bleiben soll, sollen am 8. Mai die preußischen Wähler und Wählerinnen entscheiden. Otto Braun, der nunmehr Sechzigjährige, hat seine besten Kräfte für die republikanische Sache, für unsere Sache hingegeben. Möge er noch lange an dieser wichtigen Stelle weiter wirken können.

Auch die ökonomische Sozialdemokratie für den Schutz der Verfassung. Der Vorstand der ökonomischen Sozialdemokratie hat einen Aufruf erlassen, in dem er zunächst darauf hinweist, daß ihm verlässliche Mitteilungen von einem geplanten neuen Heimwehrpakt zugegangen seien. Der Mitglieder der Sozialdemokratie werden deshalb für den Fall, daß der Putsch ausbricht, eingehende Weisungen erteilt: „Die politischen Organe sind bei allen Aktionen gegen die Putschisten zu unterstützen. Die Kommandanten des Heeres und der Landwärterei sind davon zu verständigen, daß unser Kurs nicht gegen sie geht. Wo aber die Organe des Staates ihre Pflicht nicht erfüllen, haben die Arbeiter selbst die Verfassung gegen die Putschisten zu verteidigen. Sozialdemokratische Gemeindevorsteher haben bei einem Putsch alle beteiligten Personen zu entwaffnen und zu verhaften. Die Aktionen des Republikanischen Schutzbundes sind von der gesamten Arbeiterkraft zu unterstützen. Auch mit bürgerlichen Selbstschutzverbänden, die bereit sind, den Putsch abzuwehren, ist unbedingt alles sonst Trennenden gemeinsam vorzugehen. Ist der Putsch ausgebrochen, so haben die Eigentümer jede Beförderung von putschistischen Formationen zu verhindern. Sollen die Putschisten in einem Gebiet die Macht an sich gerissen, so ist dort jede Arbeit einzustellen, ausgenommen die Arbeit für Krankenpflege, Kinderfürsorge und zur Abwehr unmittelbarer Gefahr von Menschenleben. In allen von dem Putsch nicht betroffenen Gebieten ist unbedingte Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Wir können ohne Nazi regieren, sie aber nicht ohne uns.“ Der württembergische Staatspräsident O l z führte in einer Versammlung aus, es werde nicht so weit kommen, daß die Nationalsozialisten über die Reichspräsidentenwahl den Kanzler Brüning fügen könnten, um selbst an die Macht zu kommen. Das Zentrum verwerfe die grundrätlichen Unterschiede, die zwischen ihm und anderen Parteien beständen, nicht. Aber die Verhältnisse würden immer wieder so sein, daß das Zentrum gezwungen sein werde, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, wenn überhaupt eine Arbeit möglich sein soll. Es wäre unmöglich, die Millionen von Arbeitern, die in der Sozialdemokratie politisch vertreten wären, von der Mitarbeit am Staate auszuschließen. Aber es wäre genau so verfehlt, vom Zentrum zu verlangen, grundsätzlich niemals eine Koalition mit den Nationalsozialisten einzugehen. Immerhin würden die Nationalsozialisten lernen müssen, von ihrem anmaßenden Hochmut auf einen vernünftigen biedereren Sinn herunterzukehren. Glaubt denn jemand — so fuhr Bolz fort — im Ernst, daß es den Nationalsozialisten gelingen wird, jemals die Mehrheit aus eigener Kraft zu erreichen? Da ist schließlich auch noch das Zentrum da, als eine feste Burg. Die Nazis werden die Mehrheit nicht erreichen. Sie werden das Zentrum brauchen. Sie werden nicht zur Regierung kommen ohne daß das Zentrum dabei ist. Wir in Württemberg werden uns Schreien, wie sie in Hessen an das Zentrum gerichtet worden sind, nicht gefallen lassen. Wir können auch regieren ohne die Nationalsozialisten, aber sie nicht ohne uns. Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir eine nationalsozialistische Regierung solange verhindern, als die Nationalsozialisten nicht Vernunft annehmen. Mögen die andern uns beschimpfen. Wir lassen uns dadurch nicht irremachen. Wir sind ehrlich befreit, mit den andern zusammenzuarbeiten, aber wir wollen wissen, wohin die Reise geht.“

Politische Zeitnotizen

Eiserne Front gegen den Faschismus! Was wir in dieser Notiz vermelden, ist nur Ergründliches. Im Zeichen der Eisernen Front sind im ganzen Reich die Republikaner aufgestanden, sind angefahren, um den unbetreibern Willen zu verhandeln, den Faschismus niederzuschlagen. Der Faschismus firmiert in Deutschland als Nationalsozialismus. Seine Heilsbringer mimen den Heiland der Armen und Unterdrückten, während der Führer Hitler in den Wäus der Großkapitalisten den Judaslohn für die volksbeglückende Tätigkeit der Obernatz in Empfang nimmt. In allen Ländern und Provinzen sind innerhalb der letzten Tage Hunderte von Versammlungen der Eisernen Front abgehalten worden. Laufende werden noch folgen. Es geht eine Welle der Aufrüstung und der Abwehr durch Deutschland. Die ununterbrochenen Drohungen der Nazisburger Front gegen die Demokratie, gegen Recht und Freiheit, gegen die Verfassung der Republik, gegen das Recht und das Wesen der Republikaner hat die republikanischen Kräfte aufgereizt. Woche um Woche geht die Versammlungslampe der Eisernen Front weiter, Woche um Woche sind Laufende von Republikanern am Werk, um im ganzen Reich, im Norden und Süden, im Osten und Westen, in den Städten und auf dem Lande den Widerstandswillen gegen das faschistische Verbrechen zu wecken und zu stärken. Die Arbeiterkraft läßt sich nicht einschüchtern. Sie wird sich nicht verklären lassen. Alle Denkenden streben zur Eisernen Front. Gleichgültige Angestellte und Beamte haben sich angeschlossen. Die republikanische Aktion erfährt das freitellende, demokratische fühlende Bürgerum, um ebenfalls gegen den Faschismus zu kämpfen. Da darf niemand zurückbleiben. Wer von den Lohn- und Gehaltsempfängern noch nicht reichhaltig oder politisch organisiert ist, muß dies sofort nachholen. Erst dann ist er ein vollwertiger Kämpfer in der Eisernen Front. In der Eisernen Front wird sich die „richtigste Welle brechen. Sie ist der machtvollste Ausdruck unseres Kraftbewusstseins. Schon steigt die Gegenwärtigkeit. Innenpolitisch hat sich schon die Situation günstig geändert. Die Eisernen Front steht vor! „Nieder mit Hitler, nieder mit dem Faschismus!“ ist die Parole. Jammert Deutschland ist wirklich erwacht!

Otto Braun 60 Jahre alt. Der preußische Ministerpräsident Genosse Otto Braun vollendete am 28. Januar sein 60. Lebensjahr. Otto Braun ist ein vollwertiger Kämpfer und wirkte bis 1913, wo er nach Berlin in den Parteivorstand berufen wurde, im Dienste der Sozialdemokratischen Partei für die Arbeiterkraft in Spreußen. Seine Arbeit galt damals besonders der Aufrüstung und dem Wohle der damals noch unter der Gesindeordnung leidenden Landarbeiterkraft. Mit kräftiger, auch dem Gegner Achtung einflößender Energie wirkte Otto Braun für die preußischer Volksbeauftragter und späterer Landwirt-

schaftsminister weiter. Nach dem Umsturz sah derselbe Mann, der noch wenige Jahre zuvor denkbar schwerste Agitationsarbeit im innerlichen Osten leistete, der unermüdlich mit dem Fahrrad unterwegs war, dem die Juncker die Soßbunde nachsetzen und den die königlichen Vordarmen Wilhelms II. schikanieren, im Amtsjammer des Landwirtschaftsministers, wo seit undenklichen Zeiten ein blaublättriger Ritter von Ar und Halm geisterte. Die erste Amtsbandlung Otto Brauns war die Aufhebung der veralteten preußischen Gesindeordnung. Er schuf eine Landarbeiterordnung, die Landarbeiter bekamen das Koalitionsrecht, das Recht, sich zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewerkschaftlich zu organisieren. Mit dem geschicktesten Akt der Landarbeiterbefreiung begünstigte sich Otto Braun keineswegs, er verdrängte auch, das ganze Agrarproblem an der Wurzel zu packen. Die Wohnungsfrage der Landarbeiter, die Frage der landwirtschaftlichen Siedlungen überhaupt, liegen ihm sehr am Herzen. Auf diesem Spezialgebiet war er bis 1921 tätig. Seit dieser Zeit ist er — mit einer geringen Unterbrechung — Präsident des Kabinetts, steht also an prominenter politischer Stelle. Die Leistungen des preußischen Kabinetts sind im erheblichen Maße die Leistungen seines Führers, der wohl niemals den klaren realpolitischen Blick für das Erreichbare und Notwendige verloren hat. Es genügt, diese Leistungen an dieser Stelle zusammenzufassen in der Feststellung, daß Preußen heute die Bastion der deutschen Republik und der Hort des

Küstwoche der Eisernen Front.

(Vom 31. Januar bis 7. Februar.)

Gewerkschafter bilden Sammelgruppen und kämpfen Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten und den Arbeiterparteilern unter Führung des Reichsbauern für Republik gegen Faschismus und Reaktion.

Auch du mußt dich einreihen in die Eisernen Front!

Entscheidungsjahr 1932!

Eine Abwehrstelle gegen den nationalsozialistischen Terror in der Beamtenkraft. Um dem nationalsozialistischen Terror in der Beamtenkraft entgegenzutreten, ist beim Zentrum des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes eine Terror-Abwehrstelle errichtet worden, die folgenden Aufruf erläßt: Beamte der Republik! Laßt euch nicht durch den Terror nationalsozialistischer Agitatoren einschüchtern. Ihre Drohungen, republiktreue Beamte ohne Pension auf die Straße setzen zu wollen, sind leere Großpropaganda; denn das „Dritte Reich“ wird niemals kommen, es ist ein Phantom. Die deutsche Republik steht fest und unerschütterlich. Wir greifen die Feinde der Republik an! Wer die deutsche Republik stürzen will, kann nicht Beamter der deutschen Republik sein. Beamte, die sich zum „Dritten Reich“ bekennen, werden jetzt rüchichtslos öffentlich mit Namen genannt; sie haben ihren Dienst bei der Republik verloren. Die republikanischen Beamten merken sich die Namen derer, die mit den Nationalsozialisten sympathisieren und in ihre Versammlungen laufen. Auch sie werden jetzt öffentlich benannt und müssen! Wir haben fest zusammen. Wir verlangen aber auch von den Behörden, daß sie energig dem nationalsozialistischen Unfug ein Ende machen. Wir sorgen dafür, daß jeder Fall nationalsozialistischer Verfolgung verfolgt wird. — Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, sich in allen Fällen an die Terror-Abwehrstelle beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Berlin SO 16, Michelskirchplatz 1, zu wenden.

Butterzoll erhöht! Die Reichsregierung hat zum Entleeren aller wirtschaftlich oder handelspolitisch Denkenden die Butterzölle erheblich erhöht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat vor Erlass der Verordnung beim Reichskanzler Dr. Brüning Vorstellungen gegen die Erhöhung des Butterzolls erhoben, sie hat den Reichskanzler insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß die Butterzollerhöhung keine wirkliche Hilfe für die bäuerliche Veredelungswirtschaft bringen könne. Der Wägung der Butterpreise sei im wesentlichen durch die rasch sinkende Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung hervorgerufen worden. Eine Preiserhöhung würde also nur eine vergebliche Abwanderung zum Margarinekonsum bedeuten. Außerdem aber würde die Versteuerung eines so wichtigen Nahrungsmittels im stärksten Widerspruch zu der Preislenkungsaktion der Reichsregierung, insbesondere zu dem durch einen persönlichen Brief des Reichskanzlers vom 12. Dezember erhobenen Verprechen stehen, daß die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehe, darauf zu achten, daß der jetzige Stand der Löhne und Gehälter nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stand der Preise aufrecht erhalten werden kann. Durch bedrohe die Erhöhung des Butterzolls den deutschen Export. Eine große Reihe wichtiger Ab-

nehmer der deutschen Industrieprodukte werde in der jetzigen Situation auf Gegenmaßnahmen nicht verzichten, die neue Arbeitslosigkeit infolge Einschränkung des deutschen Exports bewirken würden.

Reichspräsidentenwahlen. In parlamentarischen Kreisen wird mit der Möglichkeit einer Beschleunigung des Termins für die Reichspräsidentenwahlen gerechnet. Man nimmt an, daß eine Vorlage an den Reichstag hierüber binnen kurzem vom Kabinett verabschiedet wird. Der Termin steht allerdings noch nicht fest, doch gilt mit Rücksicht auf die nötigen Vorbereitungen und auf das frühere Osterdatum der 28. Februar als der früheste und der 13. März als der späteste Termin für den ersten Wahlgang.

Parlamentsarbeiten wieder erlaubt. Durch eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen von Abzeichen vom 16. Januar 1932 ist nunmehr die Wiederherstellung hinsichtlich der Parlamentsarbeiten korrigiert worden. Dem Inkrafttreten dieser Verordnung an gilt das im 8. Teil Kapitel II der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Reichstag, Reichsrat und ähnliche kleinerer Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden.

Ohne Pflichten keine Rechte! Für die Woche vom 24. bis 30. Januar ist der 5. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

Vorläufig keine Konferenz in Lausanne. Frankreich steht vor den Kammerwahlen, der französische Ministerpräsident Caval glaubt, daß gewisse Stimmungen im Parlament und im Lande soweit Rücksicht nehmen zu müssen, daß er brüsk erklärt, Frankreich werde sich das Recht auf Reparationen nicht nehmen lassen. Damit ist die Konferenz in Lausanne, die über die Reparationen entscheiden sollte, einfallen aufgeschoben. Die französische Regierung hat auf die von England ergehende Einladung noch keine Antwort gegeben. Die englische Regierung hat offenbar im Einverständnis mit Frankreich in Berlin sondieren lassen, ob die deutsche Regierung mit einer Verlängerung des Hoover-Jahres bis zum 30. Juni 1933 einverstanden sein würde. Reichskanzler Brüning hat das verneint.

Leon Blum über die Reparationen. In der französischen Kammer erklärte der Führer der französischen Sozialdemokraten: „Es läßt sich schwer annehmen, daß ein Volk, das so sehr unter der Last der Verwerfung leidet, jemals die Zahlungen wieder aufnehmen werde, in denen es die Lasten seiner schweren Leiden erkennt. Wir Franzosen müssen uns fragen, ob alle Reparationen Frankreichs immer geben haben und wie sie funktionsfähig sind. Die republikanische Gesinnung in Deutschland zu stärken.“ Bei dieser Stelle der Rede drückt er auf die Rechte ein gewaltiger Sturm los. „Was soll abgehen?“, führt Blum fort. „Wir müssen wiederholen, daß wir auf das Prinzip der Reparationen nicht verzichten können, daß aber die Zahlungen, über deren Höhe man sich einigen muß, keine Tribute sind, sondern eine Schaden-erparungsverpflichtung. Die tatsächliche Unfähigkeit Deutschlands, die jetzt vereinbarten Reparationszahlungen zu leisten, hat Frankreich selbst anerkannt, als es auf mehrere Jahre verzinsliches und gestaffeltes Moratorium annahm. Will etwa jemand behaupten, Deutschland könne jetzt oder in nächsten Jahre zahlen? Und was soll dann geschehen? Etwas ein neuer Zwang, eine neue Politik der Sanktionen und Sicherungen? Ich halte es für unmöglich, daß irgendeine Regierung an diesen Wahn sinn denken kann. Das französische Volk will den Frieden. Und es wird seinen Willen durchsetzen!“

Kramale akademischer Lärm. Neuerdings sind wieder Studentenkrämpfe los. Nationalsozialistische Studierende überfallen sozialistische und jüdische Studenten und misshandeln sie. Die hakenkreuzgeschmückte „Blüte der Nation“, verächtlich von Richtern, akademischen Senaten und gewissen Regierungen, glaubt, sich alles herausnehmen zu können. Für die akademischen Ziegel bringt das deutsche Volk durch Steuern die Kosten für die Unterhaltung der Hochschulen auf. Man gestalte die sogenannte akademische Freiheit so, daß sie wirklich jedem die Freiheit garantiert, und befördere jede Ziegel, der sich ihr nicht fügt, mit Glanz auf die Straße!

Allgemeine Rundschau

Hermann Kube †. Am 17. Januar verstarb Hermann Kube. Mit ihm ist ein großes Stück deutscher Gewerkschaftsgeschichte dahingegangen. Hermann Kube war Bundeskassierer des IFO und Gemeinshaftskassierer ausgeübt. Hermann Kube, am 18. September 1885 in Torgau geboren, wurde Zimmerer und kam jung zur Gewerkschaftsbewegung. Bald wurde er in Berlin der Führer der Zimmererbewegung. Er bekleidete dort seit 1898 bis zum Jahresende 1902 das Amt eines besoldeten Kassierers. Im Jahre 1903 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Verbandes ausgedient der Zimmerer betraut. Auch dieses Amt übte er aus, bis ihn der Tod ereilte. Im Jahre 1902 auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt, wurde ihm am 1. Januar 1903 der Kassierposten der Generalkommission übertragen. Hermann Kube war nicht nur in diesen Ämtern tätig. Er war auch in der Geschäftsführung der Verlagsgesellschaft des IFO, im Zentralauschuß der Reichsbank, im Aufsichtsrat der Volksfürsorge, im Aufsichtsrat der Arbeiterbank und im Aufsichtsrat des Verbandes sozialer Arbeiter. Hermann Kube an. In allen Finanz- und Baufragen wies er die richtigen Wege und genoss dabei unbedingtes Vertrauen. — Hermann Kube ist in den Eichen gestorben. Ein bescheidener Lebensabend war ihm nicht vergönnt. Aber seine Verdienste um die Arbeiterbewegung werden weiterleben. Auch wir werden diesen braven Kämpfer und Freund ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren!

Weser aufpassen! In der Nr. 11 unseres Merkblattes (Seite 54) vom vorigen Jahr wurde ein Beschluß unseres Bundesvorstandes veröffentlicht, wonach Jahresberichte aus Baugemeinschaften oder Fachgruppen im „Grundbesitz“ nicht mehr aufgenommen werden sollen. Trotzdem haben bisher einige Baugemeinschaften und Fachgruppen Jahresberichte an den „Grundbesitz“ geschickt und deren Veröffentlichung ersucht. Wir wiederholen, daß hier ein Beschluß des Bundesvorstandes vorliegt, dem die Redaktion folgen muß, dem sie sogar gern folgt, weil solche Jahresberichte sich in Wiederholungen ergeben und in den meisten Fällen nur öffentliches Interesse haben, weshalb in fast allen Fällen eine Veröffentlichung dieser Berichte Raumvergeudung bedeuten würde. Wir wiederholen deshalb: Jahresberichte aus Baugemeinschaften oder Fachgruppen werden im „Grundbesitz“ nicht mehr veröffentlicht, sondern dem Bundesarchiv überwiehen. Unabhängig von dieser Maßnahme sind Berichte, in denen wissenschaftliche Vordräge geschildert werden, die von Mitgliedern in der Presse sind. Solche Berichte werden natürlich wie früher von der Redaktion gern bearbeitet und veröffentlicht.

Hochzeitsfeier wie noch nie. Das „Neue Pommersche Tageblatt“ meldete kürzlich aus Anklam: „Eine große Landhochzeit wurde hier am Sonntag, dem 18. Januar, gefeiert. Ein drei Zentner schweres Matzkorn sowie ein 3-Zentner-Schwein und eine große Anzahl von Geflügel mußten ihr Leben lassen, um den über 100 Hochzeitsgästen als Festmahls zu dienen. In sechs großen Fischerbooten fuhr die Hochzeitsgesellschaft über den Jamunder See, um dann in Autos die Fahrt über Lebus nach Jamund fortzusetzen, wo das junge Paar in der schönen Dorfkirche getraut wurde.“ — Da wird wohl nächstens ein kleiner Zufuß aus der Ostflie notwendig sein!

Baugewerkschaft IWOdan. Sonntag, den 21. Januar, ab 8.00 Uhr, im Gemeinshaftshaus, IWOdan, Garmisch-Partenkirchen, im Garmisch-Beckereisraum. Bericht der Deputation und Stellen. Bericht vom 1. Februar 1932 im Büro einzureichen. Anträge müssen bis zum 10. Februar 1932 im Büro eingereicht sein.

Bücher u. Schriften

Die erste Hochzeitsfeier der Ehemaligen Frontsoldaten. Von Ernst Reich. Die erste Hochzeitsfeier der Ehemaligen Frontsoldaten. In dieser Hochzeitsfeier nahmen sich Otto Wels, Karl Wintermann, Peter Großmann und Fritz Widmann um die Ausrichtung und das Gelingen der Hochzeitsfeier an. Die Hochzeitsfeier ist eine politische Situation; die Hochzeitsfeier ist eine politische Situation; die Hochzeitsfeier ist eine politische Situation.

Das neue Volk. — Der neue Staat. Einem Anproben von Adolf Grottel. Das neue Volk. — Der neue Staat. Einem Anproben von Adolf Grottel. Das neue Volk. — Der neue Staat. Einem Anproben von Adolf Grottel.

Die Wirtschaft. Roman junger Menschen. Von Ernst Reich. Die Wirtschaft. Roman junger Menschen. Von Ernst Reich. Die Wirtschaft. Roman junger Menschen. Von Ernst Reich.

Carl Geering. Eine Biographie von Hans Pensch. Carl Geering. Eine Biographie von Hans Pensch. Carl Geering. Eine Biographie von Hans Pensch.

Neue Gänsefedern. von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gereinigt. Preis 2.50, allerb. Qualität 3.50, nur eine Feder (Halbdun) 1.25. Daunen 2.50, 6-kernige, gereinigte Feder mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochgrad. 5.75, allerb. 7.50. Die Volldunen 9. u. 10. Stück 12.50. Gegen Nachnahme, ab 5 Pf. portofrei. Nichtgehalt, nehme auf meine Kosten zurück. WILHELM RANNE & CO., Garmisch-Partenkirchen. Neutreuher 5 B. (Oderbr.) Aeltestes und größtes Bettfedervandergeschäft des Odenrückes, begr. 1852.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Auerbach, (Jostenstein) Alfred Hojer, Maurer, 22 J. (Reichenbach/23.) Ottomar Möckel, Maurer, 74 J. Borna. Hans Barthel, Hilfsarbeiter, 34 Jahre alt. Brandenburg (H.) Friedrich Kaatz, Maurer, 70 J. Burg/M. Herm. Gräner, Maurer, 87 Jahre alt. Celmigshaus. Hans Schmidt, Maurer, 43 Jahre alt. Dresden. Albin Casper, Maurer, 29 Jahre alt. Stanislaus Kasprzik, Maurer, 63 Jahre alt. (Poffendorf.) Alfred Liebscher, Hilfsarb., 34 J. (Muppendorf.) Theodor Neubert, Maurer, 54 J. (Pausdorf.) Gustav Püschel, Maurer, 57 Jahre alt. Duisburg. August Krautten, Maurer, 33 Jahre alt. Essen/Ruhr. Paul Klitzel, Dachdecker, 60 Jahre alt. Frankfurt/M. (H. Schmalbach) Friedr. Graf, 5 J. (Kuppertsheim.) Johann Koos, Maurer, 67 J. alt. Freiburg/Bg. Karl Schindler, Glaser, 60 Jahre alt. Freyhan. Otto Kerschmiedler, Maurer, 56 Jahre alt. Garmisch. (Dorna.) Oswald Becker, Maurer, 63 J. Guben. (Christiansdorf.) Albert Nippe, Erdarbeiter. Koblenz. (Bilis.) Georg Schiele, Maurer, 34 J. alt. Königberg. Karl Rosenhart, Maurer, 74 Jahre alt. Lundsberg/M. Otto Machus, Maurer, 60 Jahre alt. Leipzig. (Schiedlitz.) Karl Galle, Maurer, 57 J. alt. Mainz. Philipp Hofmann, Maurer, 72 Jahre alt. Neumünster. (Wortorf.) Reinhold Bastian, M. 43 J. Speyer. Adam Beisel, Maurer, 56 Jahre alt. Strehlen. (Mehlsheuer-Rohdebr.) T. Brauer, M. 43. Stuttgart. (Bonlanden.) Michael Gros, M. 60 J. Albert Kull, Gipser, 66 Jahre alt. (Wollschlugen.) Gottfried Maier, Gipser, 55 J. alt. Wilhelm Nallinger, Zementeur, 59 Jahre alt. Tilsit. Michael Giewert, Maurer, 58 Jahre alt. Adolf Heise, Gießer, Maurer, 53 J. alt. Wegegard. Heinrich Bieckmann, Maurer, 53 J. alt. Wiesbaden. (Nordenstadt.) Wih. Freund, M. 35 J. Würzburg. Philipp Seufert, Maurer, 67 Jahre alt. Ehre ihrem Andenten!

Die große Dame. Von Hebel bis Kahlina. Von Kurt Reibnitz. Die große Dame. Von Hebel bis Kahlina. Von Kurt Reibnitz. Die große Dame. Von Hebel bis Kahlina. Von Kurt Reibnitz.

Der Weg des Lichtes. Von Wilhelm Wölke. S. Fischer Verlag. Der Weg des Lichtes. Von Wilhelm Wölke. S. Fischer Verlag. Der Weg des Lichtes. Von Wilhelm Wölke. S. Fischer Verlag.

Gallenstein Leberleiden. Bei diesen die einfachsten Naturmittel. Gallenstein Leberleiden. Bei diesen die einfachsten Naturmittel. Gallenstein Leberleiden. Bei diesen die einfachsten Naturmittel.

ESU Stahl-Betten. In 5 Minuten Nichtraucher. In 5 Minuten Nichtraucher. In 5 Minuten Nichtraucher. In 5 Minuten Nichtraucher.